

— **Elfter Jahrgang.** —

Nr. 52.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

51/52. Woche für die Zeit vom 19. Dezember 1902 bis 1. Januar 1903.

Posen, den 6. Januar 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 293 des Dziennik Poznański
vom 21. Dezember 1902:

Berichtigung.

Der Berliner Korrespondent des Kurjer Poznański hat mitgeteilt, während der bekannten parlamentarischen Vorgänge inmitten der Zurufe der Linken sei in den Bänken der polnischen Fraktion das Lied „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen worden. Von vornherein haben wir diese Mitteilung als unwahrscheinlich angesehen; heut erhalten wir aus Abgeordnetenkreisen die Bitte, zu verzeichnen, daß der Korrespondent des Kurjer von der Wahrheit abgewichen sei. Keins der Mitglieder der Fraktion habe gesungen, um so weniger ein so ernstes nationales Lied. Im Gegenteil, die Mitglieder der Fraktion hätten mit Würde, Ernst und Ruhe dem leidenschaftlichen Kampfe der parlamentarischen Parteien zugegesehen.

Aus Nr. 292 des Dziennik Poznański
vom 20. Dezember 1902:

Morituri te salutant patria.

Unter obigem Motto beabsichtigt der Vorstand des Vereins der Teilnehmer am Aufstande von 1863/64 in Lemberg ein Kollektiv-Gedenkbuch herauszugeben zur Feier des 40. Jahrestages dieses Aufstandes. Alle Waffen-, Leidens-, Verbannungs- und Auswanderungsgenossen ladet der Vorstand ein, an dieser gemeinsamen Arbeit teilzunehmen. Die in diesem Buche zu veröffentlichenden Erinnerungen sollen sich nicht nur auf die Tatsachen des Aufstandes selbst, sondern auch auf alle wichtigeren Umstände, welche auf die Ereignisse vom Jahre 1860 an bis zum Erlöschen des Aufstandes Einfluß ausgeübt haben, sowie auch auf die nach dem Aufstande eingetretene Märtyrerverperiode der Verbannung und des Emigrantentums beziehen. Die Abfassung der einzelnen Absätze der Memoiren soll kurz und bündig sein. Die Schilderung soll Tatsachen von allgemeiner Tragweite betreffen, sowie auch kritische Urteile über die historische Tatsache selbst und über die Ereignisse enthalten. Vor allem ist Wahrscheinlichkeit und Glaubwürdigkeit der angeführten Tatsachen erwünscht, sowie ein unmittelbarer Zusammenhang mit den allgemein-historischen Tatsachen oder mit deren Charakteristik. Mit Rücksicht auf den Raum kann der Umfang

einer Erzählung nicht mehr betragen als 250 Zeilen gewöhnlichen Druckes. Soweit als möglich gilt es, genau zu sein in der Angabe der Daten und der Namen von Personen. Deutlichkeit der Schrift ist unerlässlich. Es ist, wie für den Druck üblich, nur eine Seite zu beschreiben. Der Vorstand des Vereins setzt die Redaktionskommission ein. In diese sind berufen die Herren Boleslaus Anc, Józ. Rajetan Janowski und Bronislaus Szwarc. Die Manuskripte sind an den Erstgenannten, Monowiczstr. 16 in Lemberg, einzusenden.

Es ist zu wünschen, daß alle Manuskripte bis spätestens den 15. Januar 1903 einlaufen. Beiträge zu Zwecken der Herausgabe des Erinnerungsbuchs sind unter der Adresse des Kassiers des Vereins Heinrich Czapliski, Lemberg, Dlugosjstr. 21, einzusenden.

Der Preis des Buchs wird nach Möglichkeit niedrig bemessen sein. Die evtl. erzielte Reineinnahme wird zur Hälfte dem Vorstand des Vereins der Teilnehmer am Aufstande vom Jahre 1863/64, zur anderen Hälfte der Direktion des polnischen Nationalmuseums in Rapperswyl zur Verfügung gestellt werden.

Aus Nr. 293 des Ogródownik
vom 21. Dezember 1902:

Die künftigen Reichstagswahlen.

Aus dem Kröben'schen, im Dezember.

Aus fernen Gegenden ist die Mitteilung hierher gelangt von irgendwelchen Projekten bezüglich der künftigen Wahlen, während wir hier am Orte von diesen Projekten nichts wissen.

Vor zwei Wochen schreibt die Gazeta Warszawska in einer Posener Korrespondenz, der Fürst Józislaw Czartoryski habe beschlossen, bei den künftigen Wahlen kein Mandat für den deutschen Reichstag anzunehmen, und an seiner Stelle habe sich als Kandidat Herr Józef v. Mycielski aus Kobylepole gemeldet.

Merkwürdig fürwahr, daß man in Posen über unsre Angelegenheiten besser informiert ist, als wir hiesigen Wähler selbst. In der Gegend von Kröben wissen wir nichts davon, daß Fürst J. Czartoryski in Zukunft die Wahl nicht annehmen werde; dafür wissen wir von Herrn von Mycielski, daß er zwecks Erziehung der Kinder seinen Wohnsitz in Berlin nehmen wird. Es steht jedem frei, zu wohnen, wo er will. Herr v. M. ist nicht der Erste und nicht der Letzte, der seinen Wohnsitz in einer deutschen Stadt aufschlägt und mit dem vom polnischen Volke

im Schweiße des Angesichts erarbeiteten Gelde finanziell zur Bereicherung des deutschen Vaterlandes beiträgt. Wir dürfen solche patriotischen Verhältnisse bedauern, wir sind jedoch ohnmächtig, dort irgendwie einen Damm zu setzen, wo wir dazu nicht das Recht haben. Ob aber ein Kandidat, der einerseits unsere Sache mit Worten vertreten soll, und seien es auch goldene, diese Sache mit irgendwelchem Erfolge vertreten kann, wenn er gleichzeitig in den Schatz des Gegners Gold trägt, hierdurch dessen Vermögen kräftigt und zugleich unsere wirtschaftliche Kraft schwächt? Kann ein solcher Kandidat zum Abgeordneten gewählt werden?

Das ist es! Über diese Frage verlohnt es sich nachzudenken, da von ihrer Lösung sowohl unsere ganze Verteidigung, als auch das Ansehen der polnischen Fraktion abhängt.

Ich mag mir keineswegs an, die Fähigkeiten und Eigenschaften vorzuzeichnen, die den Abgeordneten zieren sollten, eine Seite nur will ich berühren, nämlich die Liebe zu allem dem, was heimisch ist.

So ehrenvoll ein Abgeordnetenmandat ist, so viel Hingabe, Verzichtleistung und Mühe verlangt es. Ein Abgeordneter, welcher in Verteidigung der nationalen Gerechtsame mit einem unverhältnismäßig an Zahl stärkeren Gegner kämpft, welcher unter der Losung „Gewalt geht vor Recht“ hinsichtlich der Wahl der Mittel nicht scrupullos ist, erschöpft sich geistig und physisch, aber dessen ungeachtet, zieht er sich nicht zurück; er steht wie eine Mauer und verteidigt den bedrohten Posten, wie Glembocki, Chrzanowski dies tun.

Und welche Kraft, welcher machtvoller Geist stärkt seine Energie zum Ausstehen in dieser von allen Seiten von den Gegnern umlagerten Stellung?! Das ist die Liebe zum Volke, die Anhänglichkeit an den väterlichen Boden, an den häuslichen Herd, das Wohlgefallen an den Vögeln, den Feldblumen, den melancholischen Trauerbirken.

Der Kandidat für das kröbener Abgeordnetenmandat verzog, kaum nachdem er das väterliche Gut übernommen hatte, nach Breslau, von wo er, nachdem er dort viele Jahre verbracht hatte, nach dem zauberisch schönen Kobylepole zurückkehrte. Er hat sich jedoch hier im Verlauf eines ansehnlichen Zeitraumes nicht akklimatisieren können, und er verzog oder verzieht nach Berlin. Wen liebt er mehr, — die Landsleute oder die Fremden? Der natürliche Bauernverstand diktiert, daß der Herr Kandidat den herrlichen Palast der Vorfahren mit dem schönen Garten und dem schattigen Parke, ferner allen Komfort und alle Bequemlichkeiten, die ein Gut umsonst liefert, nicht fahren lassen würde, daß er seine und seiner Familien Lungen dieser duftigen Landluft, auch sich selbst dieser jedem so erwünschten Ungebundenheit nicht berauben würde, die er als Herr vom Kopf bis zum Fuß auf seinem Gut genießt, daß er sich nicht freiwillig aller dieser Annehmlichkeiten entäußern und sich nicht für teures Geld in der Hauptstadt Alld Deutschlands inmitten der Enge und des Lärms einmieten würde, . . . wenn er diese Zustände nicht seinem Kobylepöler Paradiese vorzöge.

Unter solchen Verhältnissen und Umständen könnte der Herr Kandidat, nachdem er Abgeordneter geworden, den Minister nicht wegen der Verletzung polnischer Beamten nach Deutschland interpellieren, denn der Minister würde ihm den Mund stopfen mit dem ad hominem gerichteten Argument, es könne doch dadurch den Polen kein Unrecht widerfahren, da doch der Herr Interpellant selbst nebst seiner Familie freiwillig nach Berlin verzogen sei. Er könnte auch nicht in Schulangelegenheiten auftreten,

da er zwecks besserer Erziehung seiner Kinder nach Deutschland verzogen ist. Diese die Nationalität schwächende, pädagogisch als schädlich anerkannte, von unserer Allgemeinheit verurteilte Erziehungsweise beginnt anscheinend Brauch zu werden. In gewissen Sphären hat man augenscheinlich den Sinn für den Duft polnischer Tugend eingebüßt, wenn man nicht empfindet, daß die Nationalität verdorben wird durch die Erziehung in der Fremde und wenn man diese Erziehung anstrebt.

Noch ist in Rechnung zu ziehen sein diplomatisch-veröhnungsparteilicher Artikel „Über unser Verhältnis zu Rußland“, durch welchen er Großpolen vor den übrigen Landesteilen bloßgestellt hat. Ich hebe ihn jedoch für später auf, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, ihn aus der Mappe hervorzuholen.

Das Urteil über die angeführte Sache überlasse ich der Erwägung der Leser.

Aus Nr. 293 des Postep

vom 21. Dezember 1902:

Nationale und Familien-Pflichten.

Es gibt keinen Menschen auf der Welt, der allein wäre; denn ein jeder hat irgend eine Heimat, irgend welche seinem Herzen teure Personen, mit welchen er zwar nicht durch eiserne Ketten, aber mit um so festeren Banden des Geistes und des Herzens verbunden ist.

Hinsichtlich dieser Personen, die gewöhnlich eine Familie bilden, hat jedes Familienmitglied dieselben Verpflichtungen, als gegen seine eigene Person. Ein jedes Familienmitglied ist daher verpflichtet, sich um das geistige und körperliche Wohlbefinden der anderen Mitglieder zu kümmern, deren Ehre, Gesundheit und Leben zu verteidigen, als wenn es sich um ihre eigene Person handelte; in der Betrübnis muß er ihnen ein Lichtstrahl der Freude und im Unglück ein Zufluchtsort des Vertrauens sein.

In Erfüllung dieser auf jedem Familienmitgliede lastenden Pflichten tragen sowohl der Vater als wie der Sohn, sowohl die Mutter als wie die Tochter emsig den Verdienst zur gemeinschaftlichen Verwendung im Haushalte zusammen, trotzdem mitunter ein Mitglied wenigstens ein Teil dieses Verdienstes zum eigenen Gebrauch verwenden möchte. Die Pflicht der Familie gegenüber läßt dies jedoch nicht zu.

Und diese Familiengemeinschaft, wo die durch Liebe verbundenen Personen zur gemeinschaftlichen Erhaltung alles in eine Hand vereinigen, gereicht dem Volke zum Wohle. Die Erfüllung der Familienpflichten verschafft ihnen den Segen Gottes, Glück im Herzen und Achtung von seiten der Mitmenschen. Die Nichterfüllung der Familienpflichten, welche sich in der Vernachlässigung der Familienmitglieder untereinander äußert, bringt dagegen Kummer und Unglück. Es gibt nichts schmerzlicheres, als wenn das Familienhaupt seinen ganzen Verdienst in das Gasthaus trägt, statt ihn für seine Familie zu verwenden, oder wenn der Sohn bzw. die Tochter ihren ganzen Verdienst nur für ihre eigenen persönlichen Zwecke verwenden wollten. Dem bösen Vater folgen die Verwünschungen der Frau und das Weinen der Kinder; auch fremde Leute verachten solchen Menschen verdienstermaßen. Dem bösen Kinde folgen der Schmerz und die Verwünschungen der Eltern; mit Recht wird ihr Verhalten Undankbarkeit genannt, denn sie vergessen, daß niemand anders, als wie die Eltern, sie gepflegt und erzogen haben, wobei sie sich mitunter Entbehrungen

auferlegten und Kümmernissen aussetzen mußten, wofür ihnen rücksichtslose Dankbarkeit gebührt.

Es läßt sich daher nicht bestreiten, daß die Vernachlässigung jener angeborenen, zwar nicht in Paragraphen niedergelegten, aber tief im Gewissen eingezeichneten Familienpflichten, immer eine Strafe, sei es nun in Form eines Unglücks oder in Form einer bitteren Lebenserfahrung, nach sich zieht.

Die Weltordnung hat jedoch mit der Familie allein ihr Ende noch nicht erreicht. Es ist bekannt, daß die eine gemeinsame Sprache sprechenden Familien eine größere Gesamtheit bilden, welche man ein Volk nennt.

So wie jeder Mensch das Glied einer Familie ist, so ist auch jede Familie das Glied eines Volkes. Unsere Familien sind z. B. Glieder des polnischen Volkes. Ebenso, wie jedes Glied einer Familie, dieser gegenüber Verpflichtungen hat, so hat auch jede Familie, die das Glied eines Volkes bildet, diesem Volke gegenüber Verpflichtungen.

Die erstgenannten Pflichten nennen sich Familienpflichten, und die zweitgenannten nationale Pflichten.

Die nationale Pflicht jeder polnischen Familie besteht vor allen Dingen darin, ihre Nation zu schützen.

Heute ist es eine unmögliche Sache, nach Sengen, Dreschlegeln sowie alten Klinten zu greifen und auf den Feind loszugehen, denn dieser Feind hat hunderttausende Soldaten und mörderische Gewehre. Dagegen kann man seine Nation vor den Feinden auf eine andere Weise schützen, welche, wie man zu sagen pflegt, uns das Mark aus den Knochen herausaugen, sowie uns ausbeuten und herumstoßen.

Ein solcher Feind der Polen ist der Hafatismus und der Jude. Doch braucht man heutzutage den Hafatismus und den Juden nicht totzuschlagen, sondern es genügt, wenn man sich nicht ausbeuten läßt; man darf nicht zulassen, daß sie das Mark aus den polnischen Knochen aussaugen. An diese nationale Pflicht möge jede polnische Familie denken und möge sie sich dessen bewußt sein, daß man jeden Agenten, der z. B. Maschinen von Fremden anzupreisen kommt, oder irgend welche andere fremde Erzeugnisse, zur Tür hinauswerfen muß. Möge jede Familie daran denken, daß es eine nationale Pflicht ist, den polnischen Handel und das polnische Gewerbe zu unterstützen, den jüdischen Handel dagegen zu bekämpfen.

Man muß den Hafatismus und die Juden überall und in jedem Geschäftszweige bekämpfen, denn wenn sie auch mitunter der persönliche Freund dieses oder jenen wären, so sind sie doch der Feind der ganzen Nation.

Außer diesen beiden Pflichten bestehen noch andere, welche man gleichzeitig als Familien- und nationale Pflichten bezeichnen kann; zu den letzteren gehört namentlich die Pflicht der Verbreitung der Aufklärung. Jedes Familienmitglied muß darum bemüht sein, daß der Rest seiner Familie die größtmögliche Bildung besitze, sei es nun in rechtspolitischen oder in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, denn es ist eine unwiderlegbare Wahrheit, daß heutzutage die Bildung des Menschen beste Waffe ist. Daher ist es Pflicht eines jeden Familienmitgliedes, sie zu verbreiten.

Auch aus Nationalgefühl sind alle Familien verpflichtet, die Verbreitung dieser Bildung in ihrem Kreise zu fördern, denn aus klugen und gebildeten Familien geht eine kluge und gebildete Nation hervor, und nur eine solche Nation hat heute in Eu-

ropa Bedeutung und Ansehen. Jeder Pole wird wohl gewiß in der Tiefe seines Herzens von dem Wunsche beseelt sein, daß unsere polnische Nation nicht aus Anlaß ihrer Unwissenheit ausgelacht und verspottet, sondern, daß sie geachtet und geehrt werde, trotz der Abhängigkeit von den drei Teilungsmächten.

So wie wir durch die Erfüllung unserer Familien- und nationalen Pflichten, Liebe und Eintracht in der Familie erzielen und Achtung und Ansehen unter den Nationen uns verschaffen können, so können wir uns durch die Nichterfüllung dieser Pflichten die Hölle im Hause schaffen und die Verachtung der Welt zuziehen.

Wählen wir daher den besseren Teil, aber nicht nur in Worten, sondern mit der Tat.

Aus Nr. 293 des *Goniec Wielkopolski*

vom 21. Dezember 1902:

Heuchlerische Arbeit.

In den sozialistischen Saß sucht der Drendownik die Berliner Nationaldemokraten deshalb zu packen, weil sie den Mut gehabt haben, mit ihren Ansichten hervortreten hinsichtlich des gegenwärtigen Standpunkts des *Dziennik Berlinski* unter der Firma des Herrn Rose, welcher erklärt hat, er sei nicht Nationaldemokrat.

Schön sieht es in der Tat aus, wenn ein solches Blatt, wie der Drendownik, welcher sich als Organ der Volksparteiler bezeichnet, die Nationaldemokraten die Avantgarde der Sozialisten nennt. Möge sich nur der Drendownik erinnern, wie man ihm denselben Vorwurf gemacht hat, als er die Adresse zur Bekämpfung der Veröhnungsparteiler organisierte und hinsichtlich der Wahl der Mittel nicht skrupulös war. Möge also der Drendownik nicht mit Steinen werfen, wenn er selbst im Glas- haufe sitzt.

Die meiste Angst jagt dem Drendownik der Gedanke ein, die nationaldemokratische Bewegung könnte sich in Posen verbreiten und ihm seine Arbeit durchkreuzen, bei der er einzig die sogenannte Volksbewegung für seine Zwecke ausnützt und die Interessen des Volkes selbst hintenangelte. Seine Winkelzüge bewirkten, daß man in gewissen Kreisen der Intelligenz mit ihm rechnet, doch in den Volkskreisen lernt man seine Arbeit immer besser kennen. Die Nationaldemokratie mit der Losung „Eine Nation — ein Gedanke“ ist für ihn gefährlich; er bekämpft sie also mit allen möglichen Mitteln, schreckt die öffentliche Meinung damit, daß die Nationaldemokraten die Avantgarde der Sozialisten seien, während doch allgemein bekannt ist, daß grade die Nationaldemokraten die Absichten der Sozialisten am meisten durchkreuzen, und daß letztere grade diese nationale Bewegung am stärksten bekämpfen.

Nicht die Nationaldemokratie ist die Avantgarde der Sozialisten, sondern die Arbeit des Drendownik sieht wie eine solche Avantgarde aus. Pflügt sich doch der Drendownik am meisten mit den Sozialisten in Diskussionen einzulassen, indem er sie zu nachführen glaubt. Aus dem, was der Drendownik geschrieben hat, geht hervor, daß es in Posen durchaus nötig ist, eine nationaldemokratische Organisation zu schaffen, damit der rein polnische Gedanke nicht in Miasmen verschiedener Art herumirre, damit den preußischen Winkelzügen einmal ein Ende gemacht werde und damit unter der nationalen Stan-

darte alle diejenigen Elemente gesammelt werden, denen die Posen'ser Feuerspritzen noch nicht die Flamme der Vaterlandsliebe in den Herzen zu verlöschchen vermochten.

Aus Nr. 294 des Dziennik Poznański
vom 23. Dezember 1903:

Der junge Adel.

Geehrte Redaktion!

Gelobt sei Jesus Christus! Ich bin ein gewöhnlicher häuerlicher Wirt; aber in freien Augenblicken liest der Mensch ja auch eine Zeitung zu Zwecken der Aufklärung, und so halte ich den Przewodnik (Katholischer Wegweiser) und den Wielkopolskanin; manchmal kommt mir auch die Praca in die Hände und dann und wann der Dziennik. O Gott, was erfährt der Mensch da alles! Am meisten interessieren mich landwirtschaftliche Angelegenheiten, darum suche ich irgend einen solchen Artikel aufzuspielen. Es vergeht kein Tag, an welchem nicht mitgeteilt würde, daß immer mehr von diesem unserem lieben, mit unserem Blut benetzten Boden unter unseren Füßen entwindet. O du mein barmherziger Gott! Sieh vom hohen Himmel herab und nimm dich unseres Elends an! Denn was soll in wenigen Jahren werden! Alle Güter wird der Teufel holen! Aber warte, polnischer Adel, dafür wird dir Luzifer in der Hölle den Empfang bereiten und euch Routs und Tanzabende einrichten.

Ein solches Herrchen will sich mit der Landwirtschaft nicht befassen. Das Herrchen übernimmt von den Eltern ein schönes Gut und was macht es in wenigen Jahren daraus? In den heutigen Zeiten sollten wir festhalten und das Vermögen mehren und uns vom Feinde nicht unterkriegen lassen, — aber o weh! Da fährt man nach Paris, nach Berlin, um in schmutzigen Lokalen und Schlössern nichts-nützige Streiche auszuführen! Aber auch in unserm Posen — was gehen da für Dinge vor! Hat doch ein junges Gräfslein sich die Balleteusen aus dem Kaisergarten kommen lassen, um sich an ihrem Anblick zu weiden, wie sie die Beine in die Höhe warfen, und dafür hat er sie mit Tausenden belohnt. Ganz Posen redet davon. Und das soll gut sein?

Nein! Gott wird solche rächen. Sie werden zugrunde gehen. Ich habe kein Erbarmen mit solchen Leuten, sie sind verachtungswürdig. Wir tun jedoch die schönen Güter leid, daß sie so zuschanden werden. Jetzt ist das wieder mit Potrzakowo in der Oborniker Gegend geschehen. Ebenfalls weil die Besitzerin sich nicht einzurichten verstand. Es wurde verkauft, aber an die Ansiedelung; denn die Dame bekam vielleicht 3 Mark mehr. Aber warte, auch du, Dame, wirst in das goldene Buch eingetragen werden. So machen sie es! Wenn auch ein polnischer Käufer da ist, so ziehen sie es vor, das Gut um einige Mark mehr an einen Deutschen zu verkaufen. Schlimm ist es auf der Welt, schlimm, es wird aber noch ärger werden, wenn unser polnischer Adel nicht zur Besinnung kommt und nicht mäßiger wird. Sie machen doch dem ganzen Polentum nur Schande.

Wie bescheiden leben wir Bauern! Wir arbeiten und loben Gott und lassen uns nicht in fremde Hände verkaufen. Wenn sich auch unter Tausenden ein räudiges Schaf findet, so verachten wir es nur und geben ihm nicht die Hand. Fort mit ihm, das ist keiner der unseren.

Weshalb ist es nur nicht auch beim polnischen Adel so?

Ich bitte die geehrte Redaktion sehr, dies mein Schreiben in ihre Spalten aufzunehmen. Denn die Verzweiflung ergreift mich, wenn ich von solchen Schelmenstreichern höre.

Vielleicht wird das eine Arznei (??) für die polnischen Herren sein, und vielleicht schämen sie sich etwas über diesen Schacher, daß auch wir Bauern von allen den Geschichten erfahren. Aber möge die geehrte Redaktion mir alles Wort für Wort aufnehmen! Ich bitte sehr darum! Sollte es nicht geschehen, so werde ich mich rächen und an ein anderes Blatt schreiben. Veröffentlicht muß es werden. Möge man es lesen und möge die gesamte Welt wissen, was der heutige Adel wert ist. (Man muß nicht generalisieren. Auch unter dem jungen Adel gibt es sehr redliche Leute. Red.)

Johann Czajka.

Czerwonak, 19. Dezember 1902.

(Es ist uns sehr unangenehm, diese Äußerung zu veröffentlichen, wir tun es eben entsprechend dem Wunsche des Schreibers und zum Beweise dafür, daß es uns nicht an bürgerlichem Mut gebricht, wie manche meinen. An Mut fehlt es uns nicht, es fehlt uns aber das Vertrauen zu der skandalösen Methode, allen Schmutz an die Öffentlichkeit zu ziehen.)

In zahlreichen Artikeln, welche die Besserung der Sitten zum Zweck haben, berührten wir die schmerzhaftesten Geschwüre der gesellschaftlichen Krankheiten. Und welches war die Wirkung? Die, daß man uns, als wir vom Hazardspiel schrieben, von sehr angesehenen Seite her den Vorwurf gemacht hat, wir befleckten das eigene Nest. Die Erfahrung lehrt uns, daß ein Blatt umsomehr an Bedeutung einbüßt, je mehr Skandale es zur Sprache bringt. Es geht aber nicht an, daß wir in einem Falle wie der vorliegende die aufrichtige Überzeugung nicht zu Worte kommen lassen, besonders, da diese Äußerung aus einem Kreise stammt, dessen Ansicht zu hören wir selten Gelegenheit haben. Wie gewöhnlich in solchen Fällen findet sich auch in diesem Schreiben viel Übertreibung neben bitterer und redlicher Wahrheit. Möge der Leser urteilen und aus diesem Schreiben die teuren Steine der Wahrheit aus dem ordinären Schutt der Absicht, mit Moralisieren sich hervorzutun, herauslesen.)

Aus Nr. 294 des Dziennik Poznański
vom 23. Dezember 1902:

Warnung.

Man teilt uns mit, ein gewisser Herr Ferdinand Lukas, der sich Lehrer des Rechnungswesens nennt, veranstaltete im Großherzogtum Versammlungen von Landwirten, versende sogar Einladungen, verkehre unter den häuerlichen Wirten und sammle Beiträge in Höhe bis zu 10 Mark, unbekannt zu welchem Zwecke.

Angeichts dessen wenden wir uns an die Herren Vorsitzenden der Rustikalvereine mit der Bitte, gütigst darüber zu wachen, daß kein Unberufener sich in diese Vereine menge. Die Rustikalvereine haben ihren Wanderlehrer in der Person des Herrn Sulczyński, Posen, Schützenstraße 32, und ein System zur Führung der Wirtschaftsrechnung hat das Patronat für sie verfaßt. Die einschlägigen Register aber hat die Redaktion des Poradnik Gospodarski jedoch unentgeltlich dem in diesem Jahre herausgegebenen landwirtschaftlichen Kalender beigelegt. Diese Register sind in der Redaktion stets auf Lager.

Das Patronat hat also allen Bedürfnissen der Musikalvereine abzuweichen gesucht. Es hat übrigens eine vorzügliche Hilfe in den Herren Vizopatronen und Vereinsvorsitzenden. Anderer Hilfe bedarf es mithin nicht, und es wird nicht gestatten, daß sich unberufene Personen, welche anscheinend ihr eigenes Interesse im Auge haben, in die inneren Angelegenheiten der Musikalvereine mischen.

J. v. Chlapowski.

Aus Nr. 292 des Goniec Wielkopolski
vom 20. Dezember 1902:

An die hochwürdigste kirchliche Behörde.

Die Zustände, welche in der Parochie Janowiz herrschen, hat unser dortiger Korrespondent im Juni einer Kritik unterzogen. Der dortige Propst geistliche Rat Sypniewski hat, nachdem die einschlägige Korrespondenz im Goniec erschienen war, an uns einen Brief gerichtet, worin er verlangte, wir sollten öffentlich vor ihm Abbitte leisten und die in der Korrespondenz angeblich enthaltenen irrigen Behauptungen berichtigen.

Darauf haben wir dem Herrn Propst Sypniewski artig erwidert, er solle so gütig sein, alles anzugeben, was er in der Korrespondenz als unwahre Behauptung ansehe. Wir seien gern bereit, eine entsprechende Berichtigung aufzunehmen.

Auf unsern Brief erhielten wir weder eine Berichtigung noch einen Bescheid — dagegen wandte sich der Herr Rat Sypniewski klageführend an den Staatsanwalt, und dieser strengte gegen unseren Redakteur einen Prozeß wegen Beleidigung des Kirchenvorstandes an. Die Beleidigung soll in der Janowitzer Korrespondenz enthalten sein. Heute ist uns wiederum eine Korrespondenz zugegangen. Wir geben sie wieder, nicht um die Verhältnisse in der Parochie Janowiz zu verschlimmern, sondern um die Aufmerksamkeit der kirchlichen Behörde auf die dortigen Zustände zu richten. Wir bitten, sie möge in diese Verhältnisse einen Einblick tun und veranlassen, was erforderlich ist, um der weiteren Erbitterung vorzubeugen. Die Korrespondenz lautet:

Janowiz, 18. Dezember.

Heute fanden hier die Wahlen zum Kirchgemeindevorstand und zur Kirchgemeindevertretung statt. Bei den Wahlen zeigte es sich, daß etwa 15 Parochianen, darunter Personen, die hohe Kirchensteuer zahlen, in die Liste nicht eingetragen waren. Da die Wählerliste zur Einsicht nicht ausgelegt wird, — zum mindesten war den Wählern dies nicht bekannt gegeben worden, protestierte die Versammlung gegen solche Wahlen. Propst Sypniewski erwiderte, er habe absichtlich so viele ausgelassen, da sie keine Katholiken seien. Darauf verließen alle Wähler mit Herrn von Moszczenski-Brudzyń an der Spitze mit großer Entrüstung das Wahllokal. Sie versammelten sich im Wolkowiat'schen Saale und sandten einen Protest mit Gründen an das hochwürdigste Konsistorium. Wir hoffen, daß letzteres die ganze Sache erledigen und den ewigen Stürmen ein Ende machen wird, die sich jetzt zu Zeiten des Rats Sypniewski in unsre friedliche Parochie eingeschlichen haben. Übrigens hat man uns den Geistlichen nicht hergesandt, daß er unlässig seine Parochianen fälschlich berede, ihr Vermögen ruinieren, und sie an ihrem guten Namen, sowie an ihrem Vermögen schädigen, sondern bestimmt sollte sich für uns ein Priester finden, der nach entgegengesetzter Richtung hin tätig wäre; denn uns

bedrücken zur Genüge unsre Busenfreunde, indem sie auf uns ein wachsameres Auge haben. Wie wir erfahren haben, haben trotz des an Ort und Stelle abgegebenen Protestes und des Verlassens des Saales von Seiten der Wähler die Wahlen dennoch stattgefunden. Man berief dazu den Pächter des hiesigen Pfarrgrundstücks, dessen Leute und den Gewatter der Wirtin des Propstes. Schöne Wahlen!

Aus Nr. 294 des Orędownik
vom 23. Dezember 1902:

Traurige Weihnachten.

Moschin, 21. Dezember.

Ein sehr trauriges Weihnachtsfest hat heute Propst Kalkowski von der Kanzel herab seinen Parochianen angekündigt, und zwar, daß am ersten Weihnachtsfeiertage um 10 Uhr Vormittag Andacht mit deutschem Gesang und sodann deutsche Predigt stattfinden werde.

Auf diese Ansprache des Propstes hin entstand in der Kirche große Bewegung, da so lange Moschin steht weder deutscher Gesang, noch deutsche Predigt stattgefunden hat, besonders an einem so hohen Festtage nicht.

Ob der Propst hier auf eigne Faust gehandelt hat oder auf Anordnung seiner Behörde, das weiß Gott allein.

Aus Nr. 295 des Orędownik
vom 24. Dezember 1902:

Aufklärung in Sachen Moschin.

Von einer mit der Sache wohlvertrauten Person erfahren wir Nachstehendes:

Wahr ist, daß Propst Kalkowski in Moschin am vorigen Sonntag seinen Parochianen von der Kanzel herab angekündigt hat, am ersten Weihnachtsfeiertage werde um 10 Uhr vormittags Andacht mit deutschem Gesange und sodann deutsche Predigt stattfinden.

Nachdem der Propst sich jedoch überzeugt hatte, daß er dies infolge einer irrigen Information angekündigt habe, gab er sofort die Disposition aus, daß am ersten Feiertage nach der letzten dritten Messe nur deutsche Predigt stattfinden werde, die in der Parochie schon vor mehr als 10 Jahren zu Zeiten des verstorbenen Erzbischofs Dinder eingeführt worden ist. Deutscher Gesang wird bei der dritten Messe nicht stattfinden. Deutschkatholiken gibt es in der Stadt und Umgegend etwa 30 bis 40. Die geistliche Behörde hat ihnen nur deutsche Predigten schon vor mehr als zehn Jahren zugestanden, und zwar für die drei großen Feste und den St. Nikolausablaß.

Die polnische Andacht wird stets nach altem Brauch abgehalten.

Aus Nr. 290 des Postep
vom 18. Dezember 1902:

Snówrazław, den 14. Dezember.

Die hiesigen Deutschkatholiken haben ihre Forderung durchgesetzt, denn man hat ihnen insofern weitere Konzessionen gemacht, daß es ihnen erlaubt ist, während der heiligen Messe der Sonntage, an welchen deutsch gepredigt wird, deutsche Kirchenlieder zu singen. Deutsche Predigten werden hier

jeden zweiten Sonntag in der Nikolaikirche (alte Pfarrkirche) gehalten. Am zweiten Weihnachtstfeiertage wird nun von dem Chor der altertümlichen polnischen Kirche zum ersten Male deutscher Gesang ertönen. Diesem Ziele haben die hiesigen Führer der Deutschkatholiken, welche durch und durch Satisfakten sind, schon seit langer Zeit zugestrebt. Die hiesigen Deutschkatholiken, welche allen Deutschkatholiken in unseren Erzdiözesen den Ton angeben, wollen das Deutschtum in unsere katholischen Kirchen nach und nach mit Gewalt hineindrängen. Dieses Deutschtum soll weniger zur Erbauung der erretteten Deutschkatholiken dienen, als wie es in weit größerem Maße die Grundlage zur Germanisierung unseres polnischen Volkes bilden soll. Diese Anführer der Deutschkatholiken sind mehr dem Namen nach Katholiken, als aus Überzeugung; denn im Geiste kümmern sie sich wenig um den Katholizismus. Ihr Träumen gipfelt darin, daß sich das polnische Volk nach und nach an die deutschen Predigten und deutschen Andachten gewöhnen und auf diese Weise die polnische Sprache aus unseren Gotteshäusern verdrängt werde.

Die Zahl der Deutschkatholiken ist im Verhältnis zu den polnischen Eingepfarrten hier in Inowrazlaw als verschwindend klein zu bezeichnen. Zwei Predigten im Monat und außerdem noch deutscher Gesang, das sind zu viel Konzessionen; aber, daß unser Propst zu allen die deutsche Sprache betreffenden Konzessionen geneigt ist, ist eine bekannte Tatsache. Als Katholik hätte ich nichts dagegen, daß man die Deutschkatholiken in der Kirche hinsichtlich der Sprache berücksichtige. Im Gegenteil, wenn dieses Bestreben der Gottesfurcht und dem dringenden geistlichen Bedürfnis entspränge, dann wäre den Deutschkatholiken die Konzession zu Recht gemacht worden; aber, wenn man mit den deutschen Predigten politischen deutschen Sport treiben und die Germanisation in der Kirche verbreiten will, so muß man dagegen entschieden auftreten. Wird denn unseren Landsleuten in den Bezirken mit gemischter Bevölkerung der Culmer, Ermländischen und Breslauer Diözesen in der Kirche eine solche Berücksichtigung zuteil? Wir lesen doch fast jeden Tag über die Zurücksetzung von polnischen Eingepfarrten, nicht etwa nur von Hunderten, sondern von ganzen Tausenden. Und was soll man erst von unseren in der Fremde lebenden Landsleuten sagen, wie sie von den deutschen Geistlichen behandelt werden. Für Tausende von katholischen Polen finden mitunter jährlich nur einige polnische Andachten statt und polnischer Gesang wird von den Geistlichen überhaupt nicht gestattet. Wenn unseren Landsleuten in der Fremde nur der hundertste Teil der Berücksichtigung zuteil würde, wie sie den Deutschkatholiken bei uns gewährt wird, dann könnte man schon einigermaßen zufrieden sein. Auf solche Weise werden die Polen jetzt überall zurückgesetzt ebenso wie auch unsere teure polnische Sprache sogar in den katholischen Gotteshäusern, wo doch christliche Liebe herrschen mußte.

Angesichts dessen, daß man den deutschen Gesang während der heiligen Messe in unserer Kirche gestattet hat, drängt sich mir noch eine Frage auf. Viele unserer Geistlichen protegieren in außerordentlicher Weise in unseren Kirchen den lateinischen Gesang während der heiligen Messe. Verschiedene Herren Präpöste und Organisten bestehen so hartnäckig darauf, daß sie polnischen Gesang nicht einmal bei den Hauptandachten zulassen. Aus diesem Grunde herrscht eine große Erbitterung. Den

Deutschkatholiken gestattet man also während der heiligen Messe deutsch zu singen, und von den Polen fordert man, daß sie lateinisch singen.

Ist das nicht offenbar Blödsinn? Ist das nicht eine zu weit gehende Loyalität? Einige Geistliche erklären natürlich — nur zum Schein —, daß sie es nur deshalb täten, damit die Deutschkatholiken keine Veranlassung hätten, die Einführung des deutschen Kirchengesanges zu fordern. Das ist ein nichtiger Grund, denn die Inowrazlawer Verhältnisse zeugen von etwas ganz anderem. Den Deutschkatholiken wird die Erlaubnis gegeben, weil sie den Ansprüchen hinsichtlich ihrer Sprache Geltung zu verschaffen wissen, aber die Polen bleiben unberücksichtigt, trotzdem in unseren Gegenden die Kirche der einzige Ort ist, an welchem der polnische Gesang noch gepflegt werden darf. Ich gehe noch weiter. Mögen die Deutschkatholiken dort schließlich einmal uns andere deutsch singen, aber möge dafür auch täglich und vornehmlich während der Hauptandachten unser geliebter und melodischer, polnischer Gesang ertönen. Warum wird in der unverständlichen lateinischen Sprache gesungen, die weder von den Sängern noch von den Hörern verstanden wird? Es giebt doch gar keine Verordnung, die ausdrücklich fordert, daß in unseren Kirchen einzig und allein lateinisch gesungen werden müsse. Der Warschauer Erzbischof und auch andere Bischöfe im Königreich Polen haben sogar den polnischen Gesang empfohlen. Was den Deutschkatholiken erlaubt ist, möge auch den polnischen Katholiken gestattet sein. Jetzt fangen sogar schon in den Dörfern viele Organisten an, während der Hauptandacht lateinisch zu singen. Solch' einem Auftreten gegenüber kann man sich nicht ruhig verhalten.

(Wir erklären uns mit den Ausführungen des Korrespondenten vollkommen einverstanden, denn auch bei uns in Posen wird zur größten Betrübnis und Erbitterung der Gläubigen in den Kirchen nur lateinisch gesungen. Am meisten wird in dieser Hinsicht in unserer prächtigen Pfarrkirche gekündet. Es sind schon verschiedene Proteste und Klagen erhoben worden, aber der Herr Propst Stychel besteht so hartnäckig darauf, daß er dem polnischen Gesang, welchen er an das Ende der Andacht gelegt hat, nicht geneigt zu machen ist.

Wenn das so weiter geht, dann wird man mit einem energischen Protest in die Öffentlichkeit treten müssen, den solcher Hartnäckigkeit gegenüber weiß man sich keinen anderen Rat. Der Herr Propst, welcher außerdem noch Abgeordneter des preussischen Landtages ist, legt trotzdem noch solch' ein willkürliches Verhalten an den Tag.)

Aus Nr. 290 des Oredownik
vom 18. Dezember 1902:

Die neue polnische Bibel

von S. Bendlewicz u. Co. in Pleschen ist in der dritten Auflage bedeutend verbessert und der Preis von 10 Pfennig ist so niedrig, daß der Gesellige den Verleger öffentlich beschuldigt hat, derselbe habe von einem Warschauer Bankier eine Subvention erhalten, da er das Buch aus eigenen Mitteln unmöglich habe herausgeben können.

Die 25 000 Exemplare der ersten beiden Auflagen waren binnen Jahresfrist vergriffen. Die Bibel ist sehr gut zusammengesetzt, — 34 Seiten großer deutlicher Druck mit Einband für 10 Pfennig.

Ein solches Weihnachtsgeschenk kann auch der Ärmste seinem Kinde machen. Es handelt sich nur darum, daß er das Geld zwecks Kaufs bei der Hand habe.

Vergessen wir die Kinder und die polnischen Zibeln nicht!

Aus Nr. 291 des Goniec Wielkopolski

vom 19. Dezember 1902:

Betrifft die Fleischverkaufsgenossenschaft.

Gestern Abend fand im Saale des Gewerbehauses eine außerordentliche Generalversammlung der Fleischverkaufsgenossenschaft statt. Ihr Verlauf war ein verhältnismäßig ruhiger. Sie wurde eröffnet von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn v. Chrzanowski. Er legte ein Schreiben der aus der Liste gestrichenen Mitglieder vor, welche an die Generalversammlung appellierten und das ihnen zustehende Recht forderten. Nach lebhafter Diskussion erkannte die Generalversammlung die Ausführungen der zu unrecht behandelten Mitglieder als gerechtfertigt an und hob den Beschluß des Aufsichtsrats auf.

Zum Vorsitzenden wurde Herr Zenon Lewandowski gewählt, und unter seiner unparteiischen Leitung beriet man ausführlich über die inneren Verhältnisse der Genossenschaft. Die Angelegenheit des Konflikts des früheren Direktors Herrn Kwasiński mit dem Aufsichtsrat wurde auf die Weise erledigt, daß Herr Kwasiński auf dies Amt verzichtete. Angesichts dessen sind die weiteren Konsequenzen dieses Konflikts hinfällig. Die Diskussion klärte die ganze Situation auf, und wahrscheinlich wird sie dazu beitragen, daß die Genossenschaft in Zukunft rationeller wirtschaften wird.

Der Kassierer Herr Trawinski bot ein Bild des Vermögensstandes der Genossenschaft. Dieser präsentiert sich zwar nicht vorteilhaft, es sind jedoch Aussichten vorhanden, daß er sich in nicht zu langer Zeit bessern wird. Man wählte eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, welche den Stand der ganzen Genossenschaft genau prüfen und dann klar darstellen wird.

In den Aufsichtsrat wählte man in eine vakante Stelle Herrn B. Miłski. Nach überaus zahlreichen Äußerungen und Wünschen schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß sie zu einer regelrechten Entwicklung der Genossenschaft beitragen möge.

Aus Nr. 296 des Goniec Wielkopolski

vom 25. Dezember 1902:

Gleichberechtigung der Bürger des preussischen Staates in Bromberg.

Bromberg, 23. Dezember.

Im Juli d. J. wurde in Bromberg, Friedrichstraße 46, eine Restauration unter der Firma „Metropole“ eröffnet. Der Besitzer derselben ist Pole. Die großen Schwierigkeiten, welche die Behörde der Gewinnung des Schankkonsenses entgegensetzte, wurden beseitigt und auf Grund des § 33b der Gewerbeordnung errang sich der Besitzer den Konsens.

Die Restauration, welche allen Erfordernissen der Neuzeit entsprechend eingerichtet ist, und in welcher (wie der Magistrat selbst zugab), nur besseres Publikum verkehrt, muß um 10 Uhr geschlossen werden.

Daß auf diese Weise an die Existenz eines solchen Geschäfts nicht gedacht werden kann, wird jeder Nichtvoreingenommene zugeben.

Der Eigentümer jener Restauration war selbst einige Male bei dem Polizeiverwalter Stadtrat Herrn Wolff. Dieser erklärte, er gestatte auf Grund des ihm zustehenden Rechts die Verlängerung der Polizeistunde selbst bis auf 11 Uhr nachts nicht. Eine von Bürgern verschiedenen Standes und Bekenntnisses unterschriebene Petition blieb ohne jeden Bescheid. Der Regierungspräsident antwortete auf die Beschwerde, er gebe der Polizei recht. Gründe gab er nicht an.

Doch jetzt folgt etwas vom Besten, was gleichzeitig die Tätigkeit des Bromberger Polizeiverwalters beleuchtet. Nicht neben der Restauration „Metropole“ unter Nr. 45 eröffnete ein deutscher Nachbar, ein gewisser Max Schulz, eine neue Restauration. Was tut die hochlöbliche Polizei? Ohne weiteres außergewöhnliches Verlangen und Sicherungen von Seiten des Herrn Sch. verlängert sie ihm die Polizeistunde bis auf 3 Uhr nachts für den Eröffnungstag, d. i. den 19. d. M. und sie giebt ihm einen ständigen Konsens bis auf 2 Uhr.

Das ist ein Beitrag zur Gleichberechtigung der Bürger des preussischen Staates in der Stadt Bromberg.

Damit nun nicht jemand denke, es sei etwas vorgekommen, was der Polizei zu solchem Vorgehen das Recht gebe, versichern wir, daß außer dem Umstande, daß der Wirt und Eigentümer der Restauration Pole ist, nichts vorgefallen ist.

Die polnischen Bürger, ja, sogar auch Deutsche sind durch ein derartiges Verfahren betroffen, das eine ganze Familie zum materiellen Ruin führen kann.

Vielleicht geruhen unsre geehrten Abgeordneten die Sache im Reichstage zur Sprache zu bringen. Für die Wahrheit der Tatsache bürgen wir.

Bemerkt muß werden, daß der Magistrat die Bedürfnisfrage bejaht und den Konsens zum Weinausschank erteilt hat. Die Polizei verhinderte auch das, indem sie Einspruch einlegte. Dem deutschen Nachbar trat sie ein halbes Jahr später nicht hindernd in den Weg und er erhielt den Konsens für Wein und Bier.

Aus Nr. 294 des Wielkopolanin

vom 23. Dezember 1902:

Zgierzynka, den 21. Dezember 1902.

„Scham und Schande ist der ganzen Parochie und den Landwirten der ganzen Umgegend von Zgierzynka widerfahren. Bis jetzt haben wir nur von Verkäufern unter den größeren Besitzern gehört, aber Zgierzynka ist der erste Ort, in welchem auch Bauern als Verkäufer figurieren. Acht wohlhabende Landwirte, denen kein materieller Ruin droht, haben der Ansiedelungskommission ihre Vatererbsteile angeboten und wollen somit deutsche Ansiedler in das Dorf hineinlassen. Diese wenigen Worte bringen sie vielleicht wieder zur Besinnung, und veranlassen sie, den durch harte Arbeit erworbenen Besitz der Väter und Urväter nicht in die Hände, der uns dem Glauben und den Sitten nach fremden Ansiedlern zu überliefern.“ — Wir finden keine Worte, um das Verhalten dieser polnischen Landwirte genügend zu verurteilen. Besinnt Euch, ehe es zu spät ist. Über diese Angelegenheit werden wir noch ausführlicher berichten.

Aus Nr. 295 des Wielkopolanin
vom 24. Dezember 1902:

Das böse Beispiel wirkt.

Vor einigen Wochen brachten wir einen Artikel, in welchem wir die Verkäufer vaterländischen Bodens einer scharfen Kritik unterzogen. Bei dieser Gelegenheit lenkten wir die Aufmerksamkeit darauf hin, daß das von oben gegebene Beispiel, also das Beispiel der größeren Gutsbesitzer, auf die kleineren Besitzer, auf unsere Bauern eine schädliche Einwirkung zur Folge haben könnte.

Unsere traurige Vorahnung beginnt sich leider zu erfüllen. Gestern brachten wir die aus einer der glaubwürdigsten Quellen geschöpfte Mitteilung, daß aus Gzierzynka acht Wirte ihre Besitzungen der Ansiedelungskommission angeboten hätten.

Diese Wirte hatten schon Termine beim Kommissar, der schon zweimal in Gzierzynka gewesen war.

Auf diesem Wege werden wir uns an die Wirte, welche uns dem Namen nach bekannt sind, damit sie zur Besinnung kommen und sich sowohl wie ihrer Familie keine Schande bereiten; wir beschwören sie beim Andenken ihrer Väter, von diesem bösen Vorhaben zurückzutreten.

Mögen sie sich dessen bewußt sein, daß der Landverkauf an die Ansiedelungskommission, eine Verringerung des vaterländischen Bodens bedeutet.

Und welche materielle Vorteile erwachsen den Verkäufern? Die Ansiedelungskommission gibt ihnen ja tatsächlich einen hohen Preis für den Boden, aber, ob diese Blinden und Unvorsichtigen es nicht wissen, daß die Preise für Grund und Boden im allgemeinen bedeutend gestiegen sind, und daß sie bei event. Wiederankauf ebenfalls werden hohe Preise zahlen müssen. Von dem Gewinn bleibt ihnen also nichts übrig.

Vielleicht wollen diese Wirte aber die vaterländische Scholle ganz und gar verlassen?

Mögen sie gehen! Mögen sie in die Welt ziehen, denn für sie ist unter uns kein Platz mehr.

Wer würde einem solchen Menschen die Hand reichen?

Mit den Fingern wird man auf sie weisen!

Das Geld, welches sie aus dem Verkauf des heiligen vaterländischen Bodens erzielt haben, wird verschwinden und ihnen keinen Segen bringen, und sie selbst werden elendiglich am Zaune umkommen.

Wir sagen, daß dieser vaterländische Boden uns heilig wäre. — Er ist für uns deshalb heilig, weil auf ihm unsere Heiligen, unsere großen Könige und unsere Helden gewandelt haben, die ihn vor deutschen Überfällen schützten. Diese Erde ist uns heilig, weil sie durch unsere und unserer Väter Arbeit geheiligt ist.

Und solch' ein Heiligtum, die Hoffnung und der Stolz des ganzen Volkes, besonders unserer Landesteile, will der polnische Bauer veräußern und es für immer deutschen Händen überliefern?

Ob diese Wirte es nicht wissen, daß die Ansiedelungskommission nicht eine Spanne Erde an den polnischen Bauer verkauft, und daß sie das, was erst in ihre Hände gelangt ist, niemals mehr in polnische Hände kommen läßt?

Diese Wirte müssen wirklich verrückt geworden sein.

Jrgend ein Verführer muß sie verblendet und verdummt haben!

Unter den Wirten, die ihr Vatererbeil verkaufen wollen, befinden sich bekannte Mitstreiter und sie Alle sind wohlhabende Leute.

Wir haben die Hoffnung, daß es dem Bemühen aufgeklärter und verständiger Leute gelingen wird, jene Wirte von ihrem bösen Vorhaben abzubringen.

Wir fragen jedoch, ob wir angesichts solcher erschreckenden Nachrichten nicht das Recht haben, uns an die größeren Besitzer zu wenden, damit sie kein böses Beispiel geben, weil ihr böses Beispiel durch die kleineren Wirte Nachahmung findet?

Wie sollen sich nun die Mitstreiter, wie sollen sich unsere Wirte angesichts der sich in ihre Reihen einschleichenden Fäulnis verhalten, wie sollen sie sich gegenüber der Feigheit und Niederträchtigkeit jener Schwächlinge verhalten, die ihren Posten verlassen und große Stücke vaterländischen Bodens in den Rachen des Ansiedlungsmolochs werfen?

Sollen sie untätig zusehen, wie ihre Mitbrüder auf dem besten Wege sind, den ganzen Bauernstand zu schänden?

Das können wir, Ihr Mitstreiter, nicht zulassen.

Wir fordern Euch daher auf, daß einer den anderen vor den Einflüsterungen der Agenten warnt, und daß Ihr solchen Agenten die Tür weist!

Achte einer auf den andern!

Möge der Älteste und Geachtetste im Dorfe genau auf Alles achten, was im Dorfe vorgeht.

Gebt nicht zu, daß Eure Bauern ehre geschändet werde!

Der Wielkopolanin wird nunmehr immerfort den polnischen Bauer an seine Pflichten erinnern. Wir müssen Vorkehrungen treffen, daß die Fäulnis nicht auch in den gesunden Bauernstand Eingang findet.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 151 der Gazeta Gdańska
vom 18. Dezember 1902:

Die weitere Entwicklung des Kaufhauses „Kupiec“ in Neustadt.

Der ganze Verlauf der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung hatte auf alle Anwesende den Eindruck gemacht, daß wir auf eine glückliche Entwicklung des „Kupiec“ rechnen können; diese Versammlung hat uns ferner Mut zu weiterer und spannkraftiger Arbeit gegeben.

Pfarrer Bolt aus Silbersdorf und Herr Sikorski aus Culm, die Begründer des „Kupiec“ in Bruß, sind auf die Einladung des Vorstandes hin zu unserer Hauptversammlung nach Neustadt gekommen. Diese Herren haben eingehend klargelegt, wie unser „Kupiec“ organisiert werden müsse, was noch nötig sei, damit unser Kaufhaus gut prosperieren könne, in welcher Weise der Vorstand und der Aufsichtsrat arbeiten müßten, damit sich der „Kupiec“ gedeihlich entwickeln könnte.

Besonders lenkten diese Herren unser Augenmerk auf zwei Punkte:

1) Vor allem sollten wir dafür sorgen, daß die Zahl der Mitglieder vergrößert werde, damit sie in allerfrühester Zeit zweitausend betrüge, denn dies sei nötig, um unseren „Kupiec“ auf festen Fuß zu stellen.

2) Man müsse durchaus dafür sorgen, daß die Mitglieder Geld für die Anteile einzahlten, um das Anlagekapital zu vergrößern. Grundsatz müsse es sein, alle Waren, die eingekauft werden, in allerfrühester Zeit zu bezahlen und ebenso in Zukunft zu verfahren, da man nur auf diese Weise gute Waren billig einkaufen könne.

In diesen zwei Punkten müssen wir den Rat dieser beiden erfahrenen Gründer der Bruß'er Genossenschaft durchaus befolgen; daß ihr Rat gut ist, beweist die günstige Entwicklung jener Genossenschaft, welche im Verlaufe von fünf Jahren einen Warenumsatz von über zwei Millionen Mark aufzuweisen hat und bereits ein Reservekapital von 50 Tausend Mark besitzt.

Ich komme nunmehr zum ersten Punkte zurück, um zu vergegenwärtigen, welche Mittel anzuwenden sind, die zu dem gesteckten Ziele führen, d. h. zur Vergrößerung der Mitgliederzahl der Neustädter Genossenschaft in allerfrühester Zeit.

Wir haben bis jetzt 700 Mitglieder; es ist das eine erheblich große Zahl für den Anfang, doch reicht sie zu einer gedeihlichen Entwicklung des „Kupiec“ noch nicht aus, auch kann das Unternehmen so seiner Aufgabe noch nicht voll und ganz gerecht werden.

Wir haben für die Vergrößerung der Zahl der Mitglieder dadurch einen großen Schritt vorwärts getan, daß wir in den verschiedenen Gegenden der Kreise Neustadt, Putzig und Carthaus Vertrauensmänner gewählt haben. Diese Herren haben sich verpflichtet, mit allen Kräften — soweit es ihnen die Zeit erlauben wird — dafür zu sorgen, überall und stets neue Mitglieder für den „Kupiec“ zu werben. Zu diesem Zwecke haben sie gedruckte Formulare für die Beitrittserklärung erhalten, damit auf diese Weise Beitrittslustigen die Möglichkeit geboten wäre, sich in die Genossenschaft aufnehmen zu lassen, ohne daß sie die Umstände hätten, sich direkt nach Neustadt zu wenden.

Diese Organisation der Vertrauensmänner muß, wenn man auf eine erfolgreiche Tätigkeit rechnen will, möglichste Verbreitung finden, so weit dies angängig ist, müssen in jedem Dörflein der genannten Kreise Vertrauensmänner geworben werden.

Mögen daher Leute guten Willens in allen Dörfern, in denen sich bisher noch keine Vertrauensmänner befinden, freiwillig sich an den „Kupiec“ wenden, und dieser wird sie in seine Riste als solche einzeichnen und ihnen Formulare für den Beitritt zusenden.

Ich weiß, daß viele unserer Landsleute, welche einige Meilen entfernt von Neustadt wohnen, sich deshalb scheuen, dem „Kupiec“ beizutreten, weil es ihnen zu weit ist. Sie sagen: Wenn es näher wäre, so würden wir scharenweise beitreten, wir könnten alsdann alle unsere Bedürfnisse im „Kupiec“ decken, nach Neustadt aber kommen wir höchstens zweimal im Jahre. So denken viele in den Gegenden von Streptsch, Linia, Klutschau, Pöbloz, Stara und Nowa-Hutta, Sierakowiz u. s. w.

Auf diese Bedenken erlaube ich mir zu erwidern, daß Krakau nicht an einem Tage erbaut worden ist. Tretet daher alle mit möglichst vielen Anteilen dem Neustädter Kupiec bei, damit man zunächst hier ein genügendes Anlagekapital und ein gutes Fundament hätte, dann werden mit Gottes Hilfe auch bald in

Streptsch und in anderen Ortschaften Kaufhäuser errichtet werden können, auf denen die Kusschrift „Kupiec“ prangen darf.

Manche wiederum würden dem „Kupiec“ gerne beitreten, aber sie sitzen — wie man zu sagen pflegt — den Juden in der Tasche, denn sie haben von ihnen auf Rechnung gekauft, und nun können sie bei den schlechten Zeiten die Schulden nicht bezahlen; sie hegen Bedenken, dem „Kupiec“ beizutreten in der Meinung, der Jude könnte das erfahren und sie um die Bezahlung der Schuld mahnen. Alle die Landsleute, welche sich in dieser Lage befinden, bitte ich, sich mit vollem Vertrauen an den Vorstand des „Kupiec“ zu wenden und diesem ihre Not zu klagen, und sicher wird auch dafür Rat geschafft werden. Wir haben ja Volksbanken, die gerne Darlehne geben und mit der Abzahlung nicht drängen. Im Gegenteil, man kann die Schuld in kleinen Raten abzahlen und sie auf diese Weise mit Leichtigkeit loswerden; und wenn man aus der Bank nicht borgen will, so wird der Vorstand einen anderen Weg vorschlagen, wie man aus der Not entschliffen kann.

Das sind mehr oder weniger die Mittel, die uns zum Ziele führen sollen, wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen werden. Falls einem der Leser noch andere Mittel und Wege bekannt sein sollten, durch welche die Zahl der Mitglieder vergrößert werden kann, so möge er sie bekannt geben.

Über die Vergrößerung des Anlagekapitals werden wir in nächster Korrespondenz sprechen.

Und nun wende ich mich an alle Vertrauensmänner, welche diese Verpflichtung übernommen haben und in Zukunft übernehmen wollen, mit der Bitte, daß sie aufrichtig und gewissenhaft an die Arbeit gehen und daß sie daran denken, das gegebene Wort zu halten. Aber nicht nur die Vertrauensmänner, sondern alle Mitglieder der Genossenschaft sollten stets und überall für das Wohl des Unternehmens sorgen. Möge jedes Mitglied dies als seine heilige Pflicht betrachten, damit es ihm gelänge, im Verlaufe von vier Wochen wenigstens ein oder zwei neue Mitglieder zu werben.

Je mehr Mitglieder, desto mehr Käufer, desto größer ist der Nutzen, desto höhere Zinsen gibt es für unsere Anteile. Wenn wir für den „Kupiec“ arbeiten, arbeiten wir gleichzeitig für uns selbst. Aus Werk!
J. S.

Aus Nr. 299 der Gazeta Toruńska
vom 28. Dezember 1902:

Über 18 000 polnische Bibeln

sowie mehrere Tausend Bücher, Broschüren und Flugschriften hat im Laufe eines Jahres unentgeltlich und postfrei der „Volksversamlungsverein“, dessen Sitz die Stadt Thorn ist, in die verschiedenen Gegenden Westpreußens und in die angrenzenden Kreise namentlich aber in solche Gegenden versandt, welche von der Germanisierung am meisten bedroht sind. Da die Nachfrage nach Bibeln sehr stark ist, die Kasse des Vereins aber keine Mittel, sondern nur Schulden hat, empfehlen wir den Volksversamlungsverein der Opferwilligkeit der Landsleute besonders beim Einkauf von Neujahrsglückwünschen, bei deren Beförderung die Post unnötigerweise so viel Geld verdient.

Schatzmeister des Volksversamlungsvereins ist Propst Dr. Poblocki in Bohrendorf, Post Briesen (Westpr.). Spenden für Bibeln nimmt auch die Redaktion unseres Blattes entgegen.

Aus Nr. 152 der Gazeta Olsztynska
vom 25. Dezember 1902:

Aus der Pfarodie Schönbrück.

Da man uns von der Kanzel herab angeregt hat zum Politisieren, so laßt uns auch zur Politik greifen und zeigen, daß die Worte nicht in den Wind gesprochen sind, sondern wirken. Halten wir alle warm an unsrer Gazeta Olsztynska fest und bereden wir jeden, sie zu verschreiben. Möge von jetzt an unsre Gazeta Olsztynska in jedem Hause, in jeder Hütte und in jeder Familie sein!

Jetzt gerade ist die höchste Zeit, sich die Gazeta Olsztynska auf der Post zu bestellen. Eilen wir also stürmisch, bereden und ziehen wir Einer den Anderen, das Blatt zu abonnieren, damit jeder es zuhause habe, denn die Abende sind lang, Zeit ist genug vorhanden, und damit jeder sich selbst überzeuge, ob es wahr ist, daß die Zeitung „bellt“, — wie von ihr gesagt worden ist. Wer also bisher weder diese noch eine andere Zeitung gelesen hat, der möge sich, sei es auch nur aus Neugierde oder um sich zu überzeugen, die Gazeta Olsztynska bestellen. Ich bürgе dafür, daß niemand die wenigen ausgegebenen Groschen bereuen wird. Jedes Postamt und jeder Briefträger nimmt das Abonnementsgeld für die Gazeta Olsztynska entgegen, und wenn irgendwo Schwierigkeiten gemacht werden sollten, so möge davon dem Redakteur des Blattes Mitteilung gemacht werden, — er wird die Sache schon verfolgen.

Die Gazeta Olsztynska ist ein katholisches Blatt. Sie wird sowohl von vielen Geistlichen, als auch von vielen ehrlichen und gelehrten Leuten gelesen, und niemand hat bisher bewiesen, daß sie gegen die katholische Religion auftrete.

Die Gazeta Olsztynska braucht auch nicht jeden preußischen Geistlichen um die Approbation zu ersuchen. Wenn sich nun aber jemand herausnimmt, von der Kanzel herab über Dinge zu politisieren, die nicht zur Kanzel gehören, wenn er, statt Gottes Wort aus der heiligen Schrift in korrekter, dem Volke verständlicher Sprache zu verkünden, von irgendwelchen Volkslegierschen Fähen redet, und damit einen würdigen Priester beleidigt, wenn er Personen mit Worten beschimpft, welche für die Kanzel nichts taugen, wenn er reizt und unter den Leuten in Sachen, die mit der Kirche nichts zu tun haben, Haß weckt, wenn er das Volk und die Kinder innerhalb und außerhalb der Kirche germanisiert, was nicht die Mission eines Priesters ist, — und die Gazeta Olsztynska würde zu alledem schweigen, so wäre sie eine schlechte Zeitung. Pflicht der Zeitung ist es, solche Sachen glühend zu brandmarken. Allerdings ist die Wahrheit bitter!

Wenn es zu Martin Luthers Zeiten Zeitungen gegeben hätte, so hätte sich dieser durch Abtrünnlinge von den Kanzeln herab verkündete Irrglaube nicht so sehr ausgebreitet, denn die Zeitungen hätten vor der drohenden Gefahr gewarnt. Aus solchen in unsrer Pfarodie gehaltenen Predigten ist zu entnehmen, was sie bezwecken sollen. Man sieht, daß die Wahlen nahe sind, wenn schon von der Kanzel herab von Volkslegier geredet wird. Spiken wir also die Ohren und geben wir bei den künftigen Wahlen nicht eine einzige Stimme einem solchen, der gemäß der Bismarckschen Mission die Polen ausröten will.

Und indeß bestellen wir uns alle auf der Post die Gazeta Olsztynska denen zur Freude, die das Blatt zugrunde richten wollen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 294 des Oredownik
vom 23. Dezember 1902:

Die Nationalsteuer für Schlesien

regt der Goniec von neuem an. Er fordert dazu auf und gibt bekannt, daß er schon 18 Mark zusammen habe. Der Goniec tut das auf eigene Faust; denn so viel uns bekannt ist, haben einige der Bürger, deren Namen in den Zeitungen unter den zur Aufbringung der Nationalsteuer erlassenen Aufruf gesetzt worden sind, ihre Unterschriften nur zufällig hergegeben. Sie haben sich von der Sache zurückgezogen. Heute gibt es in Posen kein Komitee, welches eine Nationalsteuer sammelt. Privatim aber steht es jedem frei, nach Schlesien auf eigene Faust so viel zu senden, als ihm beliebt und die Tasche erlaubt.

Aus Nr. 292 des Goniec Wielkopolski
vom 20. Dezember 1902:

In der Epoche.

Die selbständige nationale Bewegung, welche in der letzten Zeit in Oberschlesien zutage getreten ist, muß jeden Polen mit aufrichtiger Freude erfüllen. Die ganze Presse, selbst der Dziennik Poznański eingeschlossen, nahm die Tatsache der Gründung des Wahlvereins mit Befriedigung auf, in der berechtigten Meinung, daß der Boden in Schlesien hinreichend vorbereitet sei für eine selbständige nationale Bewegung und für ein Herausreißen aus der Abhängigkeit vom Zentrum. Auf letzteres ist nicht mehr Rücksicht zu nehmen angesichts solcher germanisatorischer Ausbrüche, wie die Broschüre des berüchtigten Pfarrers Rassek, welche sogar die redliche Zentrums Presse als für das Zentrum überaus schädlich verurteilt hat.

Daß die selbständige nationalpolnische Bewegung in Schlesien ihre Berechtigung hat, hat selbst ein Blatt wie die Posener Zeitung zugegeben.

Diese selbständige Bewegung des polnischen oberschlesischen Volkes hat Freude in jedem polnischen Herzen hervorgerufen, und sie verdient auf stärkste Unterstützung zu werden, besonders wenn man erwägt, daß der gegenwärtige Moment ein epochemachender und überaus wichtiger ist, daß der in Oberschlesien vielvermögende Katolik sich dieser Bewegung nicht anschließt, sondern Schleichwege sucht, um sie im stillen zu lähmen, da er sie in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse offen nicht bekämpfen kann.

Wir sind der Meinung, daß diese Bewegung am gesündesten wäre, wenn sie sich auf die eigenen Kräfte stützte, wenn sie die für die Agitation erforderlichen Mittel aus Oberschlesien schöpfte, denn dadurch würde im Volke das politische Bewußtsein und das Rechnen auf die eigenen Kräfte wachgerufen. Es gilt jedoch gerade den jetzigen epochemachenden Moment zu berücksichtigen, in welchem die neu entstandene selbständige polnische Wahlorganisation nicht nur mit zahlreichen direkt feindlichen deutschen Strömungen zu rechnen hat, sondern auch mit dem übermächtigen Einfluß des Katoliks. Dies Blatt beobachtet jener Bewegung gegenüber eine passive Haltung, die wir uns nicht anders erklären können, als damit, daß es das eigene Interesse über das nationale setzt.

Grade diese schwierigen momentanen Umstände legen uns die Pflicht auf, Oberschlesien nicht nur moralische, sondern auch materielle Hilfe zu bringen. Bewogen durch diese erhebenden Beweggründe veröffentlichte ein Kreis von posener Bürgern einen Aufruf unter dem Titel „Nationalsteuer“, in welchem zu Beiträgen zugunsten der selbständigen nationalen Bewegung in Oberschlesien aufgefordert wurde. Dieser Appell war jedoch nicht nach dem Geschmack gewisser großer Posener Politiker. Der Drendownitz schlug Lärm und malte das große preußische Schreckgespenst an die Wand, das — o Grauen! — bereit sei, uns großpolnischer Agitation zu beschuldigen, was in den Augen dieses Blattes angeblich eine ungeheure politische Gefahr bedeutet.

Da wir den Drendownitz kennen, wundern wir uns über nichts. Für ihn ist schon das Wort „Mikropole“ etwas Furchterliches. Jede brüderliche Bewegung, jedes Mitfühlen mit den Landsleuten aus den anderen Landesteilen oder aus dem Ausland ist gefährlich. Er kämpft dagegen an, ohne in den Mitteln wählerisch zu sein. So z. B. liegt er in die Welt hinein, daß in der Nationaldemokratie Juden ihr Unwesen trieben. Nach Beweisen fragt der Drendownitz nicht, er findet einen Ausweg, bedient sich eines Kunstgriffs, um Leute von heißerem Herzen anzuschwärzen und ihre aufrichtigen Absichten zu durchkreuzen.

So verhielt sich die Sache mit jener Nationalsteuer, welche eine kleine Hilfe sein sollte, da wir selbst viel brauchen und daher wenig abgeben können. Hauptsächlich sollte durch diese Beisteuer unser Sympathisieren mit unsern Brüdern in Oberschlesien manifestiert werden. Wir wollten ihnen Mut machen für den schweren Wahlkampf, der ihrer wartet. Das Totschlagen einer solchen Kundgebung, solcher brüderlicher Bestrebungen soll großer politischer Verstand sein. Dieser politische Verstand ist indeß eine Feuerpritze, womit jedes sich zeigende Flämmchen der Vaterlandsliebe verlöscht wird. Solcher politische Verstand kann uns allmählich unter das schwarzweiße Zeichen führen und jedes Gefühl für die nationale Sache einschlafen.

Möge einen solchen politischen Verstand begreifen, wer da will, wir verstehen ihn nicht, — werden ihn nie verstehen.

Den deutschen Hatzkatisten mißfällt jede Kundgebung der nationalpolnischen Bewegung. Ob wir eine Nationalsteuer ausschreiben oder nicht, ist gleich. — stets werden sie Anlaß finden zur Demunziation und zur Bekämpfung des polnischen Elements. Darum scheint uns die Rücksichtnahme auf den Hatzkatismus ganz verfehlt. Oberschlesien hat die selbstständige nationale Bewegung aufgenommen, eine jedem wahren Polen sympathische Bewegung, welche darauf abzielt, einen nach Millionen zählenden Teil der polnischen Bevölkerung dem Einfluß Fremder zu entreißen. Wer sich als Pole fühlt, der sollte eilen, unseren Brüdern grade jetzt in dem epochemachenden Momente zu helfen und, soweit es reicht, zu Zwecken der Wahlagitatio in Oberschlesien beizusteuern. Für den schweren Anfang bedarf es großen Aufwands. Wir werden gern unter der Rubrik „Nationalsteuer“ jeden Groschen, jede Mark, jeden Pfennig annehmen. Bisher sind bei uns 18 Mark deponiert worden.

Aus Nr 151 des Katolik

vom 20. Dezember 1902:

In der Angelegenheit der Wahlen in Oberschlesien.

Seit mehr als 25 Jahren wählt das polnische Volk Abgeordnete für die Zentrumsparlei. Vor Jahren hat es sie mit großem Enthusiasmus und mit nicht geringen Opfern gewählt, weil aus Anlaß des Kulturkampfes zwischen den polnischen und deutschen Katholiken ein musterhafter Friede herrschte und es haben nicht nur die Zentrumsabgeordneten aus Schlesien, die mitunter auch Deutsche waren, die Angelegenheiten des polnischen Volkes aufrichtig verteidigt, sondern überhaupt alle Anhänger der Zentrumsparlei ohne Unterschied der Nationalität haben die Rechte des polnischen Volkes geschützt und sie sind gerecht gegen das polnische Volk aufgetreten. Mit der Beendigung des sogenannten Kulturkampfes begann sich das Einvernehmen zwischen den polnischen und den deutschen Katholiken in Schlesien zu verschlechtern. Als die Gefahr des Kulturkampfes vorüber war und die deutschen Katholiken sich in ihrer heiligsten Sache nicht mehr bedroht fühlten, haben viele von ihnen das Empfinden und das Verständnis für die Lage des polnischen Volkes in Schlesien verloren, gegen welches sich die Schärfe der Verfolgungen richtete. Die jüngere nach dem Kulturkampfe entstandene Generation der katholischen Deutschen, hat inmitten der allgemeinen Bedrückung des polnischen Volkes dessen Forderungen nicht verstehen gelernt und da sie außerdem eine große Menge wirtschaftlicher Interessen verfolgt, wozu sie die Unterstützung des Staates braucht, sieht sie die polnische Sache als für ihre eigenen Bestrebungen unbequem mit einem gewissen Kummer an. Inzwischen fiel auf das polnische Volk ein Schlag nach dem anderen. Die Feinde des Katholizismus warfen ihre ganze nach dem Kulturkampfe freigewordene Kraft auf das polnische Element, als ob sie den mißlungenen Kulturkampf durch einen scharfen Kampf gegen die Polen wieder wettmachen wollten. Das polnische Volk in Schlesien geriet in Kampfesgewühl und wandte naturgemäß bei Auswahl seiner Abwehrmittel seine Aufmerksamkeit auch den Wahlen, der Person der Abgeordneten und seinen Führern aus der Zeit des Kulturkampfes zu. Das polnische Volk stellte sich nämlich vor und erwartete mit Recht, daß ebenso, wie es einst zum Schutze des heiligen Glaubens und der katholischen Sache angerufen, bereit war mit ganzer Seele und mit seinem Leibe sich zu opfern und zu helfen, ohne dabei auf den nationalen Unterschied zu achten, jetzt, wo es selbst des Schutzes bedürfe, alle seine bisherigen Bundesgenossen, die geistlichen und die weltlichen, alle Abgeordneten auf seine Seite treten würden im Namen der katholischen Prinzipien und der Gemeinsamkeit des eben erst gelieferten in Oberschlesien hauptsächlich infolge des Verdienstes des Volkes siegreich beendeten Kampfes.

In diesen Erwartungen sah sich das Volk betrogen. Das öffentliche katholische Leben, das sich im Kulturkampfe so herrlich entwickelt hatte, die katholischen Volksversammlungen, die Bewegung in den Vereinen, die lebhafteste Agitation insbesondere von seiten der Geistlichkeit zu Zwecken der politischen Aufklärung und Organisation des Volkes, alles Mittel des Kampfes, von denen während des Kulturkampfes mit vorzüglichem Erfolge Gebrauch gemacht worden war, sind nach und nach außer Anwendung gekommen; es herrscht Tatlosigkeit, das

Leben ist erstorben und die Führer des katholischen Volkes aus dem Kulturkampf haben sich, soweit sie nicht gestorben sind, von der bisherigen öffentlichen Tätigkeit aus eigenem Antriebe oder auf Veranlassung Dritter zurückgezogen.

In dem sprachlichen und nationalen Kulturkampf sah sich das Volk vereinsamt und auf die eigene Hilfe angewiesen. Gewiß haben von Zeit zu Zeit früher die Führer des Volkes wie auch die Abgeordnete die Stimme zum Schutze der Rechte des Volkes erhoben, gewiß waren verschiedene Führer in den Volksvereinen tätig, aber die allseitige politische Arbeit im Volke hat das verloren, was im Kulturkampf ihre Hauptkraft war, sie hat aufgehört aufrichtig, energisch und allgemein zu sein.

Und doch waren inzwischen Zeiten gekommen, in denen das polnische Volk doppelter Gut und Hilfe bedurft hätte. Denn nicht nur die Germanisierung warf sich auf das polnische Volk, sondern auch die Anhänger der Sozialdemokratie begannen ihre Arbeit in Schlesien. Es handelte sich um die nationale und soziale Gefahr, aus der eine Gefahr für die Religion des polnisch-katholischen Volkes hervorgehen mußte.

Die Wahlen — aus deren Veranlassung schreiben wir heute alles dieses — gaben am meisten der Unzufriedenheit des polnischen Volkes sichtbaren Ausdruck. Seit dem Jahre 1893 bis zu den letzten Wahlen vor fünf Jahren kam es zwischen der Volkspartei und den offiziellen Komitees zu heißen Kämpfen. Wir erinnern an die Wahlen in den Wahlbezirken Bentzen, Pleß, Rybnik, Neustadt und Oppeln. Wir von der Seite des Katolik, die wir die Wahlen mit großen Schwierigkeiten durchgeführt haben und auch die *Gazeta Polska*, wir wissen es und sagen es offen, daß sie nicht so herrlich gelungen wären, wenn nicht jene Unzufriedenheit des Volkes mit den Kandidaten und ebenfalls mit der Zentrumsparthei vorhanden gewesen wäre.

Daß die Zentrumsparthei als Reichstagsparthei selbst so viel Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hätte, behaupten wir nicht. Am meisten haben der Partei ihre Anhänger aus Schlesien geschadet. Denn was auch der weltliche oder geistliche Zentrumsmann zuhause getan hat, jeder Germanisationsanlauf, jede Ungeschicklichkeit im Verein, jede Vernachlässigung der politischen oder gesellschaftlichen Verpflichtungen, jedes Unternehmen oder jedes, manchmal unvorsichtige Wort der Zentrumsführer im Wahlbezirke, wurden der Zentrumsparthei selbst zur Last gelegt; dies untergrub die Achtung der Partei auf Seiten des polnischen Volkes und verringerte dessen Anhänglichkeit an das Zentrum. Das Volk, das seiner Unzufriedenheit nicht anders Ausdruck geben konnte, benutzte die Wahlen und rächte sich durch diese für alles, was Jene, von denen es aufrichtigen Schutz und aufrichtige Hilfe erhofft hatte, gegen das Volk jemals gesündigt hatten. Und schließlich fielen bei den letzten Wahlen als kräftigster Ausdruck der Gesinnung des Volkes, 25 Tausend Stimmen auf die Sozialdemokraten, obgleich fünf Jahre vorher keine 25 Hundert für sie abgegeben wurden.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Unzufriedenheit des Volkes nicht verringert, im Gegenteil, von verschiedenen Seiten geschürt, hat sie sich vermehrt. Die Wahlen finden in einem halben Jahre statt und mit Rücksicht auf die Agitation der Gegner der Zentrumsparthei ist es die höchste Zeit, daß die Anhänger dieser Partei zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen.

Vor einigen Jahren, nach einem heißen Kampfe des Katolik mit dem offiziellen Zentrums-Komitee in Bentzen, äußerte der Katolik die Ansicht, daß das

Zentrum in Oberschlesien entweder Volkspartei werden oder ganz verschwinden werde. Bei den kommenden Wahlen wird diese Wahrheit ihren praktischen Beweis finden. Es ist die Zeit gekommen, in der diese Scheidung erfolgen muß.

Und wie wir bereits oben angeführt haben, daß nicht so sehr das Zentrum als solches, wie vielmehr in erster Linie die Vertreter der Partei im Lande den Brand gegen die Partei entfacht haben, so ist es auch einleuchtend, daß nicht nur die Abgeordneten, sondern vor allem sämtliche Anhänger des Zentrums namentlich aber die Zentrumsführer in ihrem Wirkungskreise, eine wirkliche Volkspolitik treiben müssen, das ist eine solche, in der man vor allem fragt: Wird das dem Volke zum Vorteil oder zum Schaden gereichen?

Und die Verfolgung einer solchen Politik wird nicht allein bei den Wahlen erforderlich sein, sondern im ganzen öffentlichen Leben, bei allen öffentlichen Gelegenheiten, in allen streitigen und zweifelhaften Sachen, in welche die Zentrumsführer manchmal durch die Regierungspolitik oder durch die dem Regierungssystem zuneigende Politik gedrängt werden.

Der Katolik befolgt diese Politik schon seit vielen Jahren. Für ihn war die einzige Lösung nach Beendigung des Kulturkampfes: „Was Du auch schreibst und tust, schreibe und tue es so, wie es das Wohl des polnischen Volkes erfordert.“ Hieran haben wir stets festgehalten und auch besonders zu den Zeiten, in denen unsere Zeitung seitens der Zentrumsführer solchen Verfolgungen ausgesetzt war, wie sie keine Zeitung durchgemacht hat und auch wahrscheinlich nicht durchmachen wird.

Mit Rücksicht auf die herannahenden Wahlen erklären wir, daß wir als ein unabhängiges Blatt nicht imstande sein werden, die Komitees der Zentrumsparthei zu unterstützen, wenn nicht den gerechten Forderungen des polnischen Volkes Rechnung getragen wird, wenn insbesondere bei der Aufstellung der Kandidaten die Wünsche des Volkes nicht berücksichtigt werden, das danach strebt, solche Abgeordneten zu haben, die sein Vertrauen besitzen, die nicht nur in Berlin, sondern auch in der Heimat dem Volke zu helfen bereit sind, die an dem Leben des Volkes tätigen Anteil nehmen und auf diese Weise wirkliche politische Führer des Volkes in seinem heißen Kampfe um seine Rechte werden, in diesem Kampfe, den zu führen das Volk gezwungen ist.

Vor ungefähr einem Jahre gaben alle damaligen polnischen Zeitungen in Oberschlesien in der Angelegenheit der kommenden Wahlen eine Erklärung ab, in der sie die Gründe dafür anführten, weshalb sie es als erforderlich erachteten, die Zentrumsparthei nicht zu verlassen. Die Zeitungen schrieben damals wörtlich: „Das Zentrum ist eine Vereinigung von Leuten, welche durch den Willen der Wähler für die Dauer von 5 Jahren zu Abgeordneten gemacht worden sind. Das Zentrum ist so, wie es sich die Wähler selbst wählen.“

Nicht darin steckt der Kern der Sache, daß die Wahlen unter der Lösung des Zentrums stattfinden, sondern darin, was für Leute man zu Abgeordneten wählt. Denn sie sind diejenigen, welche die an sich guten Grundsätze der Zentrumsparthei in die Praxis umsetzen, die ihren Ansichten durch ihr Auftreten, durch die Art und Weise, wie sie ihr Mandat erfüllen, was sie reden und was sie tun, lebendigen Ausdruck geben. Weiterhin haben die Zeitungen in ihrer Erklärung ausgeführt: „Wer von den bisherigen Abgeordneten

nicht für das Wohl des Volkes bestrebt gewesen ist, wer gegen den Wunsch und Willen der Wähler geredet und gehandelt hat, den wählt nicht wieder. Wenn jemand seine Pflicht getan hat und er weiterhin kandidieren will, so liegt kein Grund vor, ihn nicht zu wählen. Bei den neuen Kandidaten in Wahlbezirken mit polnischer Bevölkerung empfehlen wir einen solchen zu wählen, der mit den Wählern gleicher Religion und Nationalität ist und zu dem die Wähler Vertrauen haben, daß er nicht nach der einen oder anderen Seite hin Verrat üben und weder die eine noch die andere Seite verleugnen wird. Die Arbeiter sind verpflichtet, zum Abgeordneten einen aufgeklärten und rechtschaffenen Arbeiter zu wählen.“ Auf diesem Standpunkt steht der Katolik auch heute noch, denn im Verlauf eines Jahres seit Abgabe der Erklärung haben sich die inneren Verhältnisse in nichts geändert. Der Umstand, daß hier eine polnische Zeitung entstanden ist, die sich und andere hinsichtlich der nationalen Wiedergeburt des polnischen Volkes in Schlesien täuschend, gegen das Zentrum agitiert, hat unsere auf langjähriger Erfahrung gegründete Ansicht über die gegenwärtigen Verhältnisse nicht geändert. Hierauf sich stützend, wird der Leiter des Katolik, der Schreiber dieser Zeilen, sich mit den Komitees des Zentrums in Sachen der Wahlen verständigen, und indem er hierüber schreibt, stellt er seine Tätigkeit gewissermaßen unter die öffentliche Kontrolle.

Zu gelegener Zeit wird er über diese Abmachungen Rechenschaft ablegen und gibt sich der Hoffnung hin, daß er über ihren Erfolg wird günstig berichten können. Sollten jedoch wider alles Erwarten die Abmachungen nicht zu einer gedeihlichen Erledigung der Kandidatenfrage führen, so wird der Katolik bei den Wahlen seine Schuldigkeit tun, wie er sie schon so oft getan hat. Denn wir sind kein Organ des Zentrums, sondern ein Zeitung für das polnische Volk in Schlesien.

Vor einigen Wochen wurde in Gleiwitz der polnische Wahlverein für Schlesien gegründet, was wohl bekannt sein dürfte. Der Gedanke zur Gründung dieses Vereins entstand in dem guten Willen und Bestreben, dem polnischen Volke in Oberschlesien mit Rat und Hilfe in öffentlichen und insbesondere in Wahlangelegenheiten zur Seite zu stehen. Ein solcher Verein muß dem Katolik in Grunde genommen sympathisch sein, da auch dessen Tätigkeit das Wohl des Volkes zum Ziele hat. Es handelt sich jedoch darum, wie sich diese Sache in der Praxis gestaltet.

Wenn der neue Verein in seinem Aufruf erklärt hätte, daß er zu dem Zwecke gegründet worden ist, um die Interessen des polnischen Volkes bei den Wahlen zu vertreten und daß er danach bestrebt sein wird, daß die Abgeordneten nach dem Wunsche des Volkes gewählt werden, so wäre der Katolik der erste gewesen, der sich auf seine Seite gestellt und ihn mit seinem Einfluß unterstützt hätte.

Der Wahlverein ging jedoch weiter, er deklarierte in seinem Aufruf seinen partei-politischen Standpunkt und erklärte mit scharfen Worten, daß er Abgeordnete für die polnische Fraktion zu wählen empfehle. Infolge dieser Erklärung stellte sich der Verein sofort in die Kampfbereitschaft gegen diejenige Partei, für welche das polnische Volk in Schlesien bisher keine Abgeordneten gewählt hat und welcher sich vor Jahresfrist alle polnischen Zeitungen in Schlesien in längeren Ausführungen geneigt gezeigt haben.

Wir ehren die politische Überzeugung des Vorstandes des Wahlvereins und glauben an seine gute Absicht. Jedoch ist unser Standpunkt ein anderer. Die Verhältnisse unseres Volkes sind derartige, daß

wir von einem rücksichtslosen Kampfe mit der, namentlich von den Geistlichen unterstützten Zentrumsparlei für die Entwicklung der Volkssache bei den Wahlen einen weniger wirklichen und dauernden Nutzen erwarten. Dagegen sind wir der Überzeugung, daß wenn innerhalb des Zentrums eine friedsame, wohl überlegte Politik die Oberhand gewinnt, der Gewinn des polnischen Volkes bei den künftigen Wahlen ein für seine Wünsche befriedigender sein wird.

Auch sind wir der Meinung, daß die polnische Fraktion in ihrer jetzigen Gestalt mit Rücksicht auf den Unterschied zwischen dem historischen politischen Standpunkt der Polen im Posenischen und demjenigen der Polen in Schlesien, ferner mit Rücksicht auf das Statut dieser Fraktion, welches ausdrücklich bestimmt, daß diese Fraktion ausschließlich Abgeordnete aus dem Posenischen und aus Westpreußen aufnehmen, sodann mit Rücksicht auf den Fraktionszwang bei der Abstimmung und schließlich aus Anlaß der Unterschiede in den Anschauungen betreffend die Fragen wirtschaftlich-sozialer Natur, unseren Abgeordneten aus Schlesien nicht die Möglichkeit bietet, der Fraktion beizutreten und ungebunden stets zum Wohl der Wähler zu handeln. Der Wahlverein erklärt zwar, die Fraktion müsse den Abgeordneten aus Schlesien in wirtschaftlichen Angelegenheiten bei der Abstimmung Freiheit gewähren, diese Äußerung hat aber einstweilen keinen Wert, weil nicht der Wahlverein bestimmt, wie die polnische Fraktion handeln soll, sondern die Fraktion selbst. Der polnische Wahlverein kann jedoch auch ungeachtet dessen der Volkssache einen schätzenswerten Dienst leisten, wenn er die Überzeugungen anderer achtet, gerade so wie wir seine Überzeugung achten, und wenn er in dem, was er tut, politische Überlegung und Mäßigung walten läßt, welche geboten sind, angesichts der Lage der Verhältnisse in Schlesien. Der Gornoslonszak schreibt, er werde sich der Wahl der Herren Szmulka und Strzoda nicht widersetzen, selbst wenn diese beiden Herren unter der Losung des Zentrums gewählt der Zentrumsparlei beitreten sollten. Dies Bekenntnis ist sehr schätzenswert, da es mit unverfälschter Klarheit das feststellt, was der Katolik ausspricht, nämlich, daß es sich bei unseren Wahlen hauptsächlich um die Person der Abgeordneten handelt. So ist es in der Tat. Wenn sich das polnische Volk gute Abgeordnete wählen wird, wird es von ihnen Nutzen haben und mit ihnen zufrieden sein, selbst wenn sie dem Zentrum angehören werden.

Aus Nr. 294 des Gornoslazak

vom 20. Dezember 1902:

Unser politischer Kampf.

Unsere politischen Verhältnisse spigen sich immer mehr zu. Der politische Himmel beginnt plötzlich sich zu klären. Hier Deutsche — dort Polen! Das ist die Losung, nach welcher wir auf Schritt und Tritt politisch weiter schreiten. Vor zwei Jahren hat in Schlesien noch Niemand daran gedacht und sogar unsere Männer von Einfluß schauderten vor dem Kampfe um unsere Rechte in der Gemeindeverwaltung zurück. Sie glaubten nicht an die Kraft des polnischen Volkes, sie trauten nicht seiner politischen Tüchtigkeit und meinten, daß noch viel Wasser in die Oder fließen werde ehe unser Volk die Notwendigkeit eines Kampfes um seine Rechte auf Schritt und Tritt verstehen lernen wird. Diese Prophezeiungen unserer nationalen Ungläubigen haben sich als eitle und leere Phrasen erwiesen. Denn heute rafft sich das Volk selbst zum energischen

Kämpfe gegen diejenigen auf, welche bisher seine Herren, seine Leiter waren. Das Volk hat sich selbst zur politischen Arbeit aufgerafft. Es stellt seine Kandidaten für die städtischen Ämter, ja sogar zu den Kirchenämtern, auf und wählt sie auch, wobei der Geistliche häufig Gegner des Willens des Volkes ist und auf Seiten seiner Gegner steht. Mit diesem Vorwärtsschreiten beweist das Volk seine politische Reife. Es versteht den Geistlichen, den Diener Gottes, von dem Geistlichen, dem Bürger, der aus sich den Antreiber für das Deutschtum und für die deutschen Parteien macht, zu unterscheiden. Die Deutschen sehen auch die Gefahr, welche ihrer Übermacht und ihren Einflüssen droht. Dieses Entsehen verwischt in ihnen den konfessionellen Unterschied. Die katholischen Deutschen reichen den Protestanten die Hand und kämpfen in geschlossenen Reihen gemeinschaftlich gegen die katholischen Polen. Wir waren in Kattowitz sogar Zeugen des traurigen Schauspiels, daß die Wahlen zu dem Gemeindekirchenrat und zur Gemeindekirchenvertretung auf Seiten der Deutschen unter hasstlicher Losung stattfanden. In dem Wahlkampf für die Kirchenämter haben die Deutschen sogar gegen die polnischen Katholiken die Hilfe der Lutheraner angerufen. Die Rücksichtslosigkeit und Gewissenlosigkeit gibt uns ein Bild der kommenden Reichstagswahlen. Mit Rücksicht auf alles dieses müssen wir für die Folge in unserem politischen Kampfe eine vorsichtige Stellung einnehmen. Vor allem müssen wir in jeder Gemeinde einige aufgeklärtere und unabhängige Bürger herausfinden, die ein ständiges Komitee bilden würden, das alle politische Angelegenheiten leiten müßte. Ob es sich um kirchliche oder städtische Wahlen, ob um Wahlen zum Reichstage oder Landtage handelt, das Komitee müßte immer seine Tätigkeit entfalten. Dann erst wird sich unser Kampf in den eigenen Bahnen bewegen. Wir müssen heute bei jedem Schritt um unsere Rechte kämpfen, dieser Kampf muß ein endloser sein und deshalb sind die Lokal-Komitees erforderlich. Bisher haben uns diejenigen, die uns „beherrschten“ nicht beachtet. Werfen wir das Joch der Vormundschaft von uns, das uns so demütigt. Also auf zur Arbeit Landsleute! Treten wir als ein selbständiges Volk auf!

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 288 des Dziennik Berlinski

vom 14. Dezember 1902:

Die Versammlung und wir.

Morgen soll in Berlin eine Versammlung stattfinden, welche von dem radikalen Teile der hiesigen polnischen Kolonie einberufen worden ist, um gegen die derzeitige Richtung des Dziennik Berlinski Protest zu erheben. Wir haben die Aufnahme der Bekanntmachung dieser Versammlung im Dziennik nicht verweigert, weil unser einziges polnisches Organ in Berlin unserer Meinung nach kein Recht dazu hat, solches zu tun; in keinem Falle aber wird zu dieser Versammlung der Herausgeber oder der Redakteur unseres Blattes erscheinen. Diese unsere Abwesenheit soll jedoch weder ein Beweis von Feigheit, noch ein solcher für die Geringschätzung derjenigen Elemente sein, welche die Versammlung einberufen haben.

Im Gegenteil, als zu völlig gleichem Zwecke und durch dieselben Personen vor nunmehr einem

Monat eine ähnliche Versammlung einberufen wurde, waren sowohl unser Herausgeber als auch unser Redakteur in dieser Versammlung anwesend, wobei der erstere, erfreut darüber, daß ihm die Möglichkeit geboten werden sollte, sich den breiteren Massen unserer Kolonie bekannt zu geben, ohne weiteres uns Wort gebeten haben würde. Es kam jedoch nicht zur Diskussion über den Dziennik Berlinski, und zwar deshalb nicht, weil die Versammelten den Saal, welcher an einen anderen Verein vermietet war, schon um 5 Uhr verlassen mußten. Als dann der national-demokratische Verein einige Tage später die Leiter unseres Blattes zu einer Sitzung einladen hatte, fanden sie sich am 18. November beide ein; es entspann sich eine sehr lange über vier Stunden währende Diskussion über die Leitung des Dziennik Berlinski und über die politischen Anschauungen seines Herausgebers und Leiters.

Leider zeitigte dieser Austausch von Meinungen keinerlei Resultate, selbst die warme und zu Herzen gehende Schlussrede des Herausgebers unseres Blattes fand keinen Anklang; so ist denn auch die Ergebnislosigkeit dieser Diskussion und deren ganzer Verlauf der entscheidende Grund, welcher uns Veranlassung gibt, morgen der Versammlung fern zu bleiben.

Eine Diskussion mit Leuten, die sich durch nichts in der Welt überzeugen lassen wollen und die immer wieder mit den schon seitens des Gegners widerlegten Argumenten kämpfen, ist nichts weiter als Zeitverschwendung. — Alles, was in dieser Angelegenheit gesagt werden konnte, das hat unser Herausgeber in jener denkwürdigen Versammlung bereits getan, neue Argumente könnten weder seine Gegner noch er selbst anführen.

Insofern der vorgestrigte Artikel des Goniec der genaue Ausdruck der Ansichten und Ansprüche unserer hiesigen Feinde war — und anscheinend ist es so — hat der uns feindlich gesommene Teil der Kolonie zwei Fehler auf einmal begangen, und zwar:

1. er identifiziert sich mit der Allgemeinheit der polnischen Kolonie in Berlin, wozu er absolut kein Recht hat.

Wenn unsere Richtung dem sogenannten national-demokratischen Lager nicht zusagt, so erhalten wir dafür fast fortwährend Beweise der Anerkennung von den weniger radikal gesinnten Elementen der hiesigen Kolonie. Wir bestreiten nicht, daß sich das radikale Element gegenwärtig in unserer Kolonie sehr heimisch gemacht, hat aber bisher noch nicht die Oberhand gewonnen.

2. Er identifiziert sich mit dem überhaupt nicht existierenden Aufsichtsrate unseres Blattes, dessen Befugnisse er sich aneignet.

Kein politisches Tageblatt hat seine Richtung durch sich selbst, diese wird ihm vielmehr durch seine Leiter gegeben, d. h. durch diejenigen Leute, welche ihm den Stempel ihrer Individualität aufdrücken. Vor einigen Jahren gehörte der Kurier Poznański dem Erzbischofe an und war ein klerikales Organ. nach seinem Übergange in andere Hände änderte er seine Richtung vollständig. Der Goniec war ebenfalls nicht allezeit allpolnisch. So war es immer und so wird es für die Zukunft bleiben, und daher ist das Wetter von Goniec darüber, daß unser Herausgeber, wie dies Blatt behauptet, den Mut hatte, an die Spitze einer Bewegung zu treten und Leiter eines Blattes zu werden, dessen Richtung er nicht teilen könne, geradezu naiv, ja vielleicht jesuitisch. Unser Herausgeber hat überhaupt hier nicht an der Spitze einer Bewegung gestanden und ist nach dieser Rich-

tung hin nicht ehrgeizig gewesen, er möchte nach Möglichkeit der nationalen Sache wohl rechtchaffen dienen, und das genügt ihm; das Anrecht auf Dankbarkeit seitens der „undankbaren“ Gesamtheit überläßt er dem früheren Herausgeber des Dziennik, dessen Verdienste er schließlich selbst anerkennt, und er hat solche auch in Gegenwart aller Seher bei der Übernahme des Verlages rühmend hervorgehoben.

Wenn ferner der Goniec behauptet, der Herausgeber unseres Blattes wolle nicht gestehen, welchem Lager er angehört, so ist das eine prächtige Illustration für die Art des Kampfes unserer Gegner, denn lesen wir doch einige Zeilen höher, daß sich das national-demokratische Lager mit dem Programm und mit dem politischen Bekenntnis, welches durch die neue Redaktion in dem programmatischen Artikel formuliert ist, absolut nicht einverstanden erklärt. Kann man denn angesichts eines solch verlegenden Mangels an Logik und Aufrichtigkeit bei Schlussfolgerungen irgend welche Ergebnisse aus der Diskussion erwarten, welche die Versammlung von morgen heben.

Wir bedauern es aufrichtig, daß zwischen einem gewissen Teile der Berliner Kolonie und uns eine uns zu behaupten, daß dieselbe nicht durch uns her solche Disharmonie entstanden ist, und wir erlauben vorgerufen worden ist; wir haben uns auf die Bemerkung in dem programmatischen Artikel beschränkt, daß wir den Dziennik Berlinski nicht vollends im früheren Geiste redigieren werden; weil wir aber mit den Ansichten des national-demokratischen Lagers in Berlin rechnen, haben wir diese Richtung niemals angegriffen, eingedenk dessen, daß wir als einziges polnisches Organ in Berlin gegenseitige Fühlung behalten müssen und mit dem uns weniger fremdlich gesinnten Lager zu rechnen haben.

Weiter werden wir aber in dieser Kompromiß-Richtung nicht gehen und namentlich bei der aktiven Propaganda der national-demokratischen Losungen uns helfend nicht beteiligen, und zwar deshalb nicht, weil nach unserer Meinung diese Richtung weder der nationalen noch der demokratischen Sache irgend welchen Vorteil bringt; sie ist vielmehr häufig unbewußt von schädlichem Einflusse für beide.

Es ist das ein schwerer Vorwurf, und es geziemt sich für uns, denselben zu begründen. Die sogenannte allpolnische und national-demokratische Richtung ist nicht ohne Verdienst; als sie vor mehreren Jahren unter unserer Gesamtheit Anhänger gewann, gab sie der polnischen politischen Gesinnung unzweifelhaft ein lebhafteres Tempo und trug zur Ausrottung der Gleichgültigkeit in nationalen Sachen nicht wenig bei; das Beleben der in der auf die Aufstände folgenden Epoche etwas verknöcherten polnischen Gesamtheit, die sogenannte organische Arbeit bildet ein unstreitiges Verdienst dieser Richtung, welche dazu überdies niemals oder nirgends mit dem Panславismus paktiert und kokettiert hat. Um so schlimmer ist es, daß sich diese Richtung einer Methode und solcher Losungen bedient, die man verurteilen muß. Das allpolnische und national-demokratische System hat den Fehler, daß es sich nur in sehr gebildeten und ausgewählten Gemütern entwickeln kann, ohne dabei schädlich zu werden; es ist das aber weder eine Kost für die breiten Volksmassen noch für junge Gemüter, denn diese Elemente eignen sich nur die demagogische Seite dieses Systems an.

Wir sympathisieren überhaupt nicht mit dem Haupt-Organ dieser Partei mit dem Przeglond Wschepolski, bestreiten aber nicht, daß man in dem Przeglond Wschepolski häufig Ansichten

und Meinungen lesen kann, mit denen jeder gute Pole einverstanden sein kann und muß; darin aber gerade liegt des Pudels Kern: die Väter des Allpolentums in Przeglond Wschepolski, denen man trotz alledem ein gewisses Talent nicht absprechen kann, schildern und stellen das politische, allpolnische System anders dar, als ihre auf der Arena des Lebens minderüberlegten Adepten handeln, deren Taktik es bewerkstelligt, daß die national-demokratische Richtung allmählich ein Sammelsurium geschmacklosen und verzweifelt geschwätzigen Chauvinismus wird und so gar den Vorwurf der Händelsucht sich gefallen lassen muß, so daß der Przeglond Wschepolski manchmal selbst diese seine Nachkommenschaft verleugnen muß.

Villigerweise muß man zugestehen, daß man im national-demokratischen Lager — abgesehen davon — neben diesen Pänkern und Phrasenmachern Leute findet, die rein sind wie die Thränen im Auge und die mit Selbstverleugnung auf nationalem Boden arbeiten, daß wir zum Beispiel gerade in diesem Lager die Mehrheit unserer Jugend finden, die wie immer die der Jugend eigene Begeisterung und deren Idealismus für die Sache mitbringt.

Um so schlimmer ist es daher, daß jene mindergereiften Unterführer der national-demokratischen Bewegung in das allpolnische System Faktoren hineingebracht haben, die demselben anfangs vollständig fremd waren, um derentwillen uns das System eben so unsympathisch geworden ist, nämlich: die alles beherrschende Phrase, die bodenlose Dünkelhaftigkeit, Rassen- und Klassenhaß, und dabei einen an Unsinn streifenden Mangel an Rücksicht für die Ansicht des Gegners. Kein Wunder, daß eine solche Richtung schnell bei uns zahlreiche Anhänger gefunden hat. Die menschliche Natur beliebt stets eher den Splitter in des Gegners Auge, als den Balken im eigenen Auge zu sehen, und der Durchschnittsmensch liebt stets hochtönende Losungen und berauscht sich an der Phrase. Hierin gerade liegt die hauptsächlichste Gefahr der Richtung, die sich annähernd national-demokratisch nennt und die im Grunde genommen eine Parodie des wahren Patriotismus und der wahren Demokratie ist. Sie verengt nicht nur die Gesichtskreise, sondern auch die Herzen, sie bildet ein Sektentum, das nichts anerkennt, was außerhalb des Rahmens seiner eigenen Phrase liegt, und schafft flachen Patriotismus, welcher nicht auf dem Lieben der eigenen Ideale, sondern auf der Verfolgung andersdenkender Polen beruht. Mit der allpolnischen Arbeit kann man zu Zeiten wohl einverstanden sein, nicht aber mit ihrer Methode und mit ihren Losungen.

Wenn das polnische national-demokratische Lager wenigstens für sich und für seine Ideale arbeiten würde, aber dem ist nicht so; diese Richtung, welche fortwährend die einen gegen die anderen, die Jungen gegen die Älteren, die Armen gegen die Reichen, die Radikalen gegen die Gemäßigten aufwiegelt, schwächt nur die Einmütigkeit der Gesamtheit; dadurch, daß die national-demokratische Richtung stets nur Unfriede unter die Klassen, Generationen und Lager säet, wird sie anti-national, sie wird gleichsam zu einem Reife, der sich in die Gesamtheit hineintreibt; das Resultat hiervon aber ist, daß sie nur der Sozialdemokratie den Weg bahnt, deren Methode sie sich schließlich in gewisser Hinsicht selbst aneignet. Was nützt's, daß sie die drei Landesteile vereinigen will, wenn sie in jedem derselben die innere Zusammengehörigkeit immer wieder lockert.

Das sind die Gründe, deren wegen wir die frühere Richtung des Dziennik nicht unterstützen können; wir wollen uns im national-demokratischen Lager nicht Popularität auf Kosten unserer Überzeugung verschaffen, ebenso, wie uns daran nichts gelegen ist, daß Artikel voll hochtönender Phrasen und Schlagworte in unserem Dziennik in der Folge von den preußischen Ministern als Rechtfertigung der antipolnischen Kritik zitiert würden. Wir haben hiergegen deshalb ein reines Gewissen, daß wir weder der nationalen noch der demokratischen Sache mit einem Worte abtrünnig geworden sind, daß wir im Gegenteil sowohl der einen wie der anderen Sache rechtschaffen gedient haben. In dieser Überzeugung werden wir auch weiterhin das uns gesteckte Ziel verfolgen.

Aus Nr. 290 des Oredownik

vom 18. Dezember 1902:

Die Elemente, welche in Berlin

unter der Firma der allpolnischen Demokratie arbeiten, sind überwiegend polnische Sozialisten, welche sich hinter der im Krakauer Przegłond Wjeczepolski ausgegebenen Fassung verbergen, um leichteren Zutritt zu der Berliner polnischen Kolonie zu haben. Da sie an politischer Intelligenz diejenigen Allpolen überragen, von denen der Verleger des Dziennik Berlinski sagt, sie seien rein wie die Thräne, an dem Blatte selbst aber dadurch ferngehalten, daß Herr Karl Rose es erworben hat, suchen sie die Existenz der Zeitung jetzt zu untergraben, und wahrscheinlich werden sie mit Herrn Wrobel zusammen eine neue Zeitung gründen.

Ähnliche, wenn nicht dieselben Elemente verjuchten vor Jahresfrist gleichfalls unter allpolnischer Firma ein sozialistisches Blatt zu gründen. Es unterstützte sie sehr der damalige Dziennik Berlinski. Die polnische Kolonie in Berlin sollte verstehen, was diese gegen den Dziennik Berlinski von seiten versteckter Sozialisten ins Werk gesetzte Bewegungen bedeuten. Sie sollten mit aller Entschiedenheit daran arbeiten, sie zu hindern, auf die Berliner polnische Gesellschaft Einfluß auszuüben, denn sie arbeiten nur an der Zersetzung unserer nationalen Haltung und Geschlossenheit, um der Sozialdemokratie die Arbeit zu erleichtern.

Aus Nr. 223 des Wiarus Polski

vom 20. Dezember 1902:

Thorn und Bochum

oder:

In Thorn wurden die polnischen Gymnasiasten mit Gefängnis bestraft, weil sie Literatur und Geschichte studierten, in Bochum ist das den Gymnasiasten erlaubt.

Die hiesigen deutschen Zeitungen schreiben: „Die Primaner der Bochumer Ober-Realschule haben mit Genehmigung des Lehrerkollegiums einen literarischen Verein ins Leben gerufen, welcher jeden Sonnabend im Hotel „Hohenzollern“ seine Zusammenkünfte hat.“

In Bochum erlauben also die Lehrer den Schülern einen literarischen Verein zu gründen, der sogar in der Kneipe seine Sitzungen abhält. Hier ist es den Schülern gestattet, sich in der Literatur fortzubilden — dort in Thorn verurteilte man die polnischen Jünglinge zu Gefängnisstrafen, nahm ihnen das Recht zum einjährig-freiwilligen

Dienst u. s. w. deshalb, weil sie bemüht waren, sich in der Literatur fortzubilden. In Bochum werden die Schüler, welche sich bemühen, fortzubilden, belobt — in Thorn werden diejenigen, welche darin um so größeren Eifer zeigen, um so härter bestraft. Welch ein Unterschied! Und was ist die Ursache dazu? In Bochum handelt es sich um die deutsche Jugend und um die deutsche Literatur, in Thorn kam die polnische Jugend und die polnische Literatur in Frage.

Ist es recht und gerecht, daß man für die Literatur seiner Nation so hart gestraft wird und daß auf dreifache Strafen erkannt wird? O nein, recht und gerecht ist das nicht, aber die preußische Staatsraison verlangte das, und ihr Gewissen ist weit, sie kann daher viel auf ihr Gewissen oder vielmehr auf den vollständigen Mangel des Gewissens und Gefühls des Rechts und der Gerechtigkeit nehmen. Was die Staatsraison als nützlich anerkennt, das sucht sie durchzuführen, ohne danach zu fragen, ob das billig oder unbillig ist.

Man wird sagen, daß in Bochum die Jugend den literarischen Verein mit Wissen der Lehrer gegründet hat, während in Thorn die polnische Jugend dafür bestraft worden ist, daß sie den Verein heimlich gegründet hatte. Darauf muß man antworten, daß die polnische Jugend gerne dasselbe getan hätte, was die deutsche Jugend getan hat. Würden aber die dortigen Lehrer damit einverstanden gewesen sein? Niemals! Das klärt die Sachlage zur Genüge auf.

Weshalb fiel eine dreifache Strafe auf unsere Jugend?

Wenn des Gesetzes Buchstabe eine Gefängnisstrafe verlangte, weshalb jagte man sie aus der Schule, weshalb nahm man den Jünglingen das Recht zum Militärdienst entgegen den betreffenden Vorschriften? Wie wir gesagt, man hat es deshalb getan, weil es die preußische Staatsraison verlangte, daß die Polen auf jeden Preis vernichtet würden.

Aus Nr. 220 des Wiarus Polski

vom 17. Dezember 1902:

Was begehrt der Wiarus Polski?

Der Wiarus Polski, welcher seit einem halben Jahre sechs Mal wöchentlich — also täglich — erscheint, wünscht als katholisches Blatt, daß dem polnischen Volke in der Fremde eine ausreichende Seelsorge in der Muttersprache gegeben werde, er verlangt, daß die polnischen Predigten nicht nur nachmittags oder abends, sondern auch vormittags nach der heiligen Messe mit polnischem Gesange abgehalten werden.

Als polnisch-nationales Blatt arbeitet der Wiarus Polski daran, daß in den Landsleuten das nationale Empfinden geweckt würde, er kämpft mit den Germanisatoren, regt zur Erziehung der jungen Nachkommenschaft im nationalen Geiste an, weckt das Empfinden der nationalen Würde, denn das ist ein sehr erfolgreiches Mittel im Kampfe mit der Germanisierung. Der Wiarus Polski erstrebt als Volks- und Arbeiterblatt bessere Lohnverhältnisse, bessere Behandlung des Volkes, er kämpft gegen die Unbilden, welche dem armen, um ein Stücklein Brot schwer arbeitenden Volke zugefügt werden.

Als politisches Blatt bemüht sich der Wiarus Polski darum, daß die Polen in der Fremde politisch immer mehr aufgeklärt würden, daß sie mehr zivilen Mut, mehr Selbstbewußtsein und bürgerliche Selbstständigkeit besäßen, damit sie so in jeder Lebenslage eigene Schritte unternehmen könnten.

Der Wiarus Polski strebt danach, daß alle Polen in der Fremde sich an allen nationalen Arbeiten beteiligten der Wiarus Polski will, daß kein Pole weder in die Reihen der Sozialdemokraten ginge, noch irgend welchen „schwäbischen Vereinen“ beitrete, daß niemand Wünsche einging, denn das ist das Grab des Polentums.

Der Wiarus Polski will und arbeitet daran, daß alle Polen in der Fremde treu am Glauben ihrer Väter hielten, daß sie Polen blieben, daß sie durch nüchternes und sparsames Leben das nationale Bewußtsein vergrößerten, daß sie in demselben Geiste ihre Kinder erzogen.

In diesem Geiste arbeitet der Wiarus Polski, und zu dieser gemeinsamen Arbeit fordert er alle Landsleute in der Fremde auf, die nicht nur Patrioten mit dem Munde, sondern solche mit dem Herzen mit der Tat sind!

An Arbeit mangelt es nicht, nur der Arbeiter gibt es wenige. Es bedarf vieler fleißiger Hände und warmer Herzen, es bedarf der Ausdauer in der nationalen Arbeit. Alle, alle ohne Ausnahme bitten wir und fordern wir zu dieser Arbeit auf.

Jetzt, beim Quartalswechsel muß man die polnisch-katholischen Zeitungen, welche heute in dem Kampfe mit der Germanisierung die bedeutendste Waffe sind, verbreiten, man muß sich darum bemühen, daß jedes polnische Kind eine polnische Bibel besäße, man muß vaterländische Geschichte lehren u. s. w.

O, möchte unser Wort nicht ohne Echo verhallen, sondern recht viele Landsleute zur Arbeit auf nationalem Grund und Boden anregen.

Aus Nr. 222 des Wiarus Polski

vom 19. Dezember 1902:

für die Zeit von 3. November 1901 bis zum
7. Dezember 1902.

Bericht über die Tätigkeit des St. Martin-Vereins in Herne.

Zu Beginn des Jahres hatte der Verein 46 Mitglieder, im Laufe desselben sind 39 hinzugekommen; wegen anderweitiger Arbeit sind 5 ausgeschieden, 1 ist in die Heimat zurückgekehrt, 3 sind zum Militär eingezogen worden, 4 mußten wegen rückständiger Beiträge in der Liste gestrichen werden; es verbleiben somit 72 zahlende Mitglieder. Die Kasse hatte im Vorjahre einen Bestand von 352,15 Mark, die Einnahmen betrugen 396,25 Mark, die Ausgaben 262,55 Mark. An franke Mitglieder sind gezahlt worden 134 Mark, die Gesamtausgaben betrugen 396,55 Mark, es verbleibt somit ein Kassenbestand von 351,85 Mark. Unser Verein beteiligte sich viermal an Vergnügungen benachbarter Vereine, einmal an einer Pilgerfahrt nach Werl. Einen polnischen Geistlichen hatten wir fünfmal, viermal gingen wir zur Beichte und Kommunion. Der Verein veranstaltete 24 gewöhnliche, 4 Generalversammlungen und eine Weihnachtsversammlung. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 25 Mitgliedern besucht. Die Mitglieder erhalten zum größten Teile den Wiarus Polski. In der Bibliothek befinden sich 230 Bücher,

welche teils Eigentum des Volkslesevereins in Posen, teils Eigentum unseres Vereins sind. Am 7. Dezember fand eine Generalversammlung statt, in welcher der Vorstand gewählt wurde. Demselben gehören an: Anton Jezierski als Vorsitzender — Joseph Eichowlas als dessen Stellvertreter — Stanislaus Blasjak als Schriftführer — Valentin Dolata als dessen Stellvertreter — Johann Misiaf als Kassierer — Joseph Tonder als dessen Vertreter — Vincent Linke und Martin Melcarek als Kassenrevisoren — Anton Szejepanias und Ignaz Michalski als Fahmenträger — Joseph Teszner und Valentin Kazmierczak als Fahnenjunker — Adalbert Kowalski und Franz Gruchta als deren Vertreter — Kasimir Antkowiak als Bibliothekar — Stephan Grzegorzysk als dessen Stellvertreter — Andreas Smentek und Johann Sworowski als Kassenrevisoren.

Anton Jezierski, Vorsitzender.

St. Blasjak, Schriftführer.

Aus Nr. 222 des Wiarus Polski

vom 19. Dezember 1902:

Bremerhaven.

Am 19. November 1902 fand die Generalversammlung des St. Joseph-Vereins statt, in welcher der Schriftführer Bericht über die Tätigkeit des Vereins aus dem verflossenen Halbjahr erstattete. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Vereins beträgt 17. Es fanden 7 Versammlungen statt und zwar 6 gewöhnliche und eine Generalversammlung. Der Verein abonniert den Wiarus Polski. Die Bibliothek besteht aus 250 Büchern. Ein Teil dieser Bücher ist Eigentum des Vereins, ein Teil Eigentum des Volkslesevereins in Posen. Der Verein ließ zwei heilige Messen lesen, eine für den verstorbenen Kardinal von Ledochowski, die andere für das Gedeihen des Vereins. Die Einnahmen betrugen 34,60 Mark, die Ausgaben 42,04 Mark, es verbleiben in der Kasse 86,19 Mark.

Zum Vorstande gehören folgende Herren: Fr. Marciniak, Vorsitzender — Johann Delinski, Vertreter — M. Weiner, Schriftführer — Fr. Skibicki, Vertreter — An. Kanaleh, Kassierer — B. Skibicki, Vertreter — Fr. Bieganski, Bibliothekar — J. Skibicki, Vertreter — B. Skibicki und W. Kalczyński Beisitzer und Kassenrevisoren — Fr. Skibicki, Fahmenträger — Johann Skibicki und Johann Delinski, Fahnenjunker.

Die Sitzungen finden einmal im Monat und zwar am letzten Sonntag eines jeden Monats im katholischen Gefellenhaus in Bremerhaven statt.

A. Mazaczek, Schriftführer.

Aus Nr. 222 des Wiarus Polski

vom 19. Dezember 1902:

Jahresbericht über die Tätigkeit des polnisch-katholischen St. Peter- und Paul-Vereins.

Schiffbeck.

Der Verein hat 49 aktive Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 773,88 Mark, die Ausgaben 678,33 Mark, so daß für das laufende Jahr 95,55 Mark verbleiben. In der Sterbekasse befinden sich 145,50 Mark. Der Verein nahm zweimal gemeinschaftlich an der Beichte und Kommunion teil. Die Bibliothek ist Eigentum des Volkslesevereins in Posen.

Der Verein abonniert den Wiekopolanin und den Wiarus Polski. Für das laufende Jahr sind in den Vorstand gewählt worden: Joseph Mlynarczyk zum Vorsitzenden — Julius Murawski zum stellvertretenden Vorsitzenden — Joseph Wawrzynkiewicz zum Schriftführer — Stanislaus Stawik zum stellvertretenden Schriftführer — Johann Laminiczak zum Kassierer — Klemens Dufat zum stellvertretenden Kassierer — Anton Wyzwizkiewicz und Johann Prymowski zu Kassenrevisoren — Leo Elzowski und Johann Soltowski zu Beisitzern — Joseph Staraczynski zum Bibliothekar — Joseph Sobczak zum stellvertretenden Bibliothekar — Martin Fotta zum Fahnenträger — Martin Wziz und Stanislaus Swiadek zu Fahnenjüngern. Joseph Wawrzynkiewicz, Schriftführer.

Aus Nr. 226 des Wiarus Polski
vom 24. Dezember 1902:

Kirchliche.

Am verflossenen Sonntag, den 21. Dezember, hatten sich hier mehrere Landsleute versammelt, um einen „Sokol“-Verein zu gründen. Etliche der Anwesenden traten dem Verein als Mitglieder bei. Allen Landsleuten und besonders den Jünglingen aus Kirchlinde wird der Beitritt zu diesem Verein anempfohlen. Ich wünsche dem neuen Verein gedeihliche Entwicklung. Gut Heil!

Ein Kamerad.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 350 des Naprzód
vom 24. Dezember 1902:

Der Naprzód in Deutschland verboten.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen durch den Reichskanzler Grafen Bülow unterzeichneten Erlaß folgenden Inhalts: „Weil das posener Gericht im Verlaufe eines Jahres den Naprzód zweimal verurteilt hat, so wird die Verbreitung dieser Zeitung in Deutschland auf die Dauer von zwei Jahren verboten.“

Wir werden dafür sorgen, daß unsere Leser in Deutschland den Naprzód zum Troste der preussischen Häscher auch fernerhin ohne Nachteil erhalten.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 294 der Nowa Reforma
vom 23. Dezember 1902:

Betrifft die allslawische Ausstellung in Petersburg.

Wir haben unlängst über diese Ausstellung berichtet und uns entschieden gegen die Beteiligung der Polen an ihr ausgesprochen. Jetzt haben wir das Ausstellungsregulativ erhalten, welches als Datum den 23. Mai d. J. trägt. Die interessante Urkunde, welche viel Licht über die Ausstellung verbreitet, lautet:

Vorschriften

für die allslawische Ausstellung in Petersburg im Jahre 1904.

§ 1. Mit Allerhöchster Genehmigung des Kaisers, unter dem Allerhöchsten Protektorate Sr. Königlichen Hoheit des Großfürsten Alexander, des

Sohnes Michaels, veranstaltet der slawische Wohltätigkeitsverein in Petersburg, unter Mitwirkung des Vereins zur Unterstützung russischer Industrie und russischen Handels, im Jahre 1904 eine allslawische Kunst- und Industrieausstellung in Petersburg.

§ 2. Die Ausstellung bezweckt, die Schaffung direkter Beziehungen und den kommerziell-industriellen Austausch zwischen den Russen und den stammverwandten Einwohnern der anderen Länder zu fördern.

Zur Erreichung dieses Zieles wird das Ausstellungskomitee unter anderem für eine Organisation der Hilfskomitees in den anderen Ländern, welche mit der Einladung der Ausstellungssteilnehmer, mit der Sammlung der Ausstellungsgegenstände und deren Übersendung, sowie mit deren Unterbringung in der Ausstellung u. s. w. betraut sein werden, Sorge tragen.

§ 3. Die Ausstellung soll eine Übersicht des gegenwärtigen Standes, der volkstümlichen Eigenarten und des wirtschaftlichen Standes aller slawischen Nationen, ferner der Naturerzeugnisse ihrer Länder, ihrer Industrie und ihres Handwerks, der Kunst und ihrer Anwendung geben und der Mittelpunkt der Vermittlung und das Feld des Selbstvertrauens mit den Produzenten und den Erzeugnissen Rußlands sein.

§ 4. Die gespendeten oder in der Ausstellung erworbenen Gegenstände sollen den Grundstein zu einem ständigen allslawischen Museum in Rußland bilden.

§ 5. Alle slawischen Volksstämme, sowohl in Europa, als auch in anderen Weltteilen werden ersucht, sich an der allslawischen Ausstellung durch Übersendung ihrer Erzeugnisse, ihrer Werke und Beschreibungen, ihrer statistischen Nachweise bezüglich der von ihnen bewohnten Länder, des wirtschaftlichen Standes, des Standes ihrer Industrie, Kunst und Schaffenskraft zu beteiligen.

§ 6. Mit der Veranstaltung der Ausstellung und allen ihren Angelegenheiten beschäftigt sich ein Komitee, welches den Haupt-Ausstellungskommissar für die auf die Ausstellung sich direkt beziehenden Anordnungen wählt.

§ 7. Mit Genehmigung Sr. Kaiserlichen Hoheit, des Ausstellungs-Protektors, wählte das Komitee den Hilfsarbeiter des Finanzministers, den Geheimen Rat Waldemar, Sohn des Johann Komarowski, zu seinem Ehrenvorsitzenden.

Nun folgen die Vorschriften für die Aussteller, welche wir — als minderwertig — nicht ausführlich bringen. Die Ausstellung soll 2 bis 4 Monate dauern. Ausgestellt können werden: Erzeugnisse und natürliche Produkte aller slawischer Völker . . .

Platzmiete in der Ausstellung wird nicht erhoben. Die Ausstellungsgegenstände werden von den russischen Eisenbahnen gegen volle Bezahlung befördert, dagegen erfolgt der Rücktransport unentgeltlich; sie werden zollfrei sein, aber die in der Ausstellung verkauften Gegenstände müssen mit 5 bis 10 vom Hundert von dem Kaufpreise besteuert werden.

Die Vorschriften bestätigen also — wie wir dies aus § 1 ersehen —, daß der Ausstellungsveranstalter der berichtigte slawische Wohltätigkeitsverein ist, von welchem die ganze Welt weiß, daß er unter dieser menschenfreundlichen Bezeichnung sich einer hervorragend politischen Arbeit hingibt. Dieser Arbeit verleiht im vorliegenden Falle das Protektorat eines Mitgliedes der kaiserl. Familie, des Großfürsten Alexander, eine halbamtliche Marke.

Der Verein zur Förderung der Industrie und des Handels, welcher sich tatsächlich mit dem beschäftigt, was sein Name andeutet, ist hier nur ein Anhängsel, ein mitwirkender Faktor. Das politische Merkmal der Ausstellung unterliegt daher keinem Zweifel. Die Ausstellung soll in erster Linie den russischen Interessen dienen. Wir müssen uns also die Frage stellen: „Sollen wir Polen dabei behilflich sein? Sollen wir durch unsere Beteiligung an der Ausstellung dem politischen Interesse des Zarentums dienen und dessen Politik unterstützen. Diese Frage haben wir bereits verneinend beantwortet.

Ohne die Vorschriften gekannt zu haben, erklärten wir uns in unserem ersten Artikel gegen die Beteiligung der Polen an der Ausstellung (vgl. Nr. 51 des Gef.-überbl. v. 21. 12. 02 Seite 1024/5. Anm. d. Red. d. G.-Z.). Der Inhalt der Ausstellungsvorschriften hat das bereits Gesagte nicht abgeschwächt, uns vielmehr in unserer Überzeugung bekräftigt.

Aus Nr. 292 des Dziennik Poznański
vom 20. Dezember 1902:

Das Hauptkomitee der panslawistischen Ausstellung

veröffentlicht einen an die Subkomitees in den slawischen Ländern gerichteten Aufruf. Es wird darin erklart, über den Verlauf der diese Ausstellung betreffenden Angelegenheiten zu berichten und die Gegenstände anzugeben, welche für die Ausstellung vorbereitet werden, damit demgemäß das Programm aufgesetzt und die Platzfrage für die Teilnehmer bedacht werden könne.

Das Hauptkomitee muß sich bezüglich des Programms nicht klar sein, da es kein solches veröffentlicht, sondern es erst aufsetzen will gemäß der bevorstehenden Beteiligung.

Aus Nr. 290 des Dziennik Poznański
vom 18. Dezember 1902:

Ueber die Petersburger panslawistische Ausstellung

referierte in der Dienstagsitzung des Industrievereins der Vorsitzende Ruzaj. Nach der weitläufigen Diskussion, die sich infolge der Frage entwickelte, ob es sich verlohne, daß unsere Gewerbetreibenden im preussischen Anteil an der Ausstellung teilnehmen, wurde folgende Resolution gefaßt:

„Der Industrieverein in Posen hat nach entsprechender Erörterung der Angelegenheit betreffend die im Jahre 1904 in Petersburg zu veranstaltende panslawische Ausstellung beschlossen, an ihr nicht teilzunehmen, auch die Landsleute nicht zur Teilnahme anzuregen.“

Aus Nr. 290 des Goniec Wielkopolski
vom 18. Dezember 1902:

Der Industrieverein gegen die Beteiligung an der panslawistischen Ausstellung.

Die gestrige Sitzung des alten Industrievereins erfreute sich einer ungewöhnlich zahlreichen Beteiligung von seiten unserer hervorragendsten Kaufleute und Gewerbetreibenden, sowie von seiten der Intelligenz. Der Saal des Gewerbehause war voll.

Der Anlaß des zahlreichen Besuchs der Versammlung war die Stellungnahme gegenüber der im Jahre 1904 in Petersburg zu veranstaltenden panslawistischen Ausstellung.

Über den Charakter und die Bedeutung dieser Ausstellung referierte erschöpfend der Vorsitzende Herr Josef Ruzaj. Über das Referat entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an welcher sich beteiligten die Herren Dr. A. Chlapowski, Kratochwill, E. Pfister, Wonsjowicz, Milski, K. Rzepecki, Dr. Rydlewski, Sokolowski u. a.

Nach erschöpfender Diskussion brachte Herr Milski nachstehende Resolution ein:

„Der Industrieverein in Posen hat nach entsprechender Erörterung der Angelegenheit betreffend die in Petersburg im Jahre 1904 abzuhaltende panslawistische Ausstellung beschlossen, an letzterer nicht teilzunehmen, auch die Landsleute zur Teilnahme nicht anzuregen.“

Der Industrieverein, als der älteste und gewissermaßen der Mutterverein unserer Industrievereine, hat in dieser Sache einen Standpunkt eingenommen, welcher von großer Tragweite ist. Er bringt nämlich die Ansicht unserer, in dieser Sache am meisten interessierten industriellen Kreise zum Ausdruck, welche in der panslawistischen Ausstellung nicht nur keinen materiellen und moralischen Nutzen für sich erblicken, sondern im Gegenteil, nach beiden Seiten hin Verluste.

Wir glauben, daß die Stimme unserer wichtigsten industriellen Institution nicht ohne Echo verhallen wird. Neben dieser Angelegenheit wurden vom Vorstande noch Mitteilungen gemacht, u. a. auch die, daß der Aufsichtsrat über die Wiloslawer Stiftungen dem Industrieverein wegen mangels an Fonds die ihm lange Jahre hindurch gewährte Subvention versagt hat. Nur noch 3 Jahre lang wird der Verein je 500 Mark Subvention zur Veranstaltung von Zeichen- und Buchhaltungskursen zahlen, dann wird auch das aufhören. Von den rückständigen dreijährigen Raten hat die Kasse nur 500 Mark erhalten.

Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß ein Posener Bürger versprochen hat, jährlich 100 Mark zu zahlen als Beihilfe zur Ausbildung von jungen Gewerbetreibenden in technischer Hinsicht, auch wird der Vorstand Sorge tragen, für diese Zwecke einen Fonds zu gründen.

Aus Nr. 288 des Czas

vom 16. Dezember 1902:

Der deutsche Hof und dessen Politik.

In dem vorwiegend militärischen Staate, dem Staate mit militärischer Überlieferung und von militärischem Ruhm umgeben, konnte der junge Kronprinz, der Erbe der Errungenschaften, im Seeresdienst erzogen, mit lebhafter Auffassungsgabe ausgestattet, in welchem die Schmeichler eine Ähnlichkeit mit Friedrich dem Großen erblickten, leicht von Kriegsrühm träumen und sich von der Versuchung hinreißen lassen, daß er fähig sei, ihn sich zu erringen. Dieser Prinz, den Thron als Wilhelm II., Kaiser von Deutschland und König von Preußen bestieg, stellte sich an die Spitze des heute mächtigsten Militäristaates; er konnte die größte Gefahr für den Frieden bilden, was auch anfänglich, im Jahre 1888, allgemein angenommen wurde, und dies zwar umso mehr, als er sich sofort hauptsächlich mit dem Heere und mit militärischen Dingen befaßte. Dem ihm auf dem Sterbebette von seinem Großvater Wilhelm I. gegebenen Rate folgend, begab er sich schleunigst an den russischen Hof, um die nachbarlichen

Beziehungen enger zu knüpfen. Er kam gerade zu den großen Manövern und übernahm das Kommando über eine Heeresabteilung. Während der fingierten Schlacht geriet er in kurzer Zeit in Gefangenschaft, was, wie behauptet wurde, von vornherein abgekartet war, um in ihm den Eifer zu kriegerischen Unternehmungen abzukühlen. Er stuzte tatsächlich, ging in sich und kam, wie versichert wird, allmählich zu der Überzeugung, daß er größere Heeresmassen nicht anführen könnte. Auf diese Weise fiel ein wichtiger, weil persönlicher Grund zur Störung des europäischen Friedens und Mobilisierung der europäischen Politik fort. Der Monarch eines für den Frieden gefährlichsten, weil zur Kriegsführung geeignetsten Staates zeigte sich als Friedensfürst, und er erweist sich seitdem fortwährend als ein solcher. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß Wilhelm II. ein aufrichtiger Friedensfürst aus Überzeugung ist. Er ist es auch aus Interesse, denn seine Sinnesänderung oder auch seine Neigung in dieser Beziehung fiel mit der Politik des Fürsten Bismarck zusammen, verschmolz mit dem System desjenigen Staatsmannes, welcher sich auf die *Raison* stützte, daß der Friede dem deutschen Staate die größte Sicherheit und dadurch die wesentlichsten Vorteile gewährleiste. Auf die Wacht dieses Bismarckschen Friedens stellte sich und auf ihr steht Kaiser Wilhelm II. Nicht von ihm aus also könnte der Krieg und die Mobilmachung der nationalen Politik ihren Anfang nehmen; im Gegenteil, sie könnten dadurch veranlaßt werden, daß das Bismarcksche System tatsächlich dem deutschen Reiche und dem dominierenden Einflusse des germanischen Volksstammes die größte Sicherheit und die wesentlichsten Vorteile bietet.

Wilhelm II. hat die Voraussage verwirklicht, daß er sein eigener Kanzler sein werde. Wenn er schon zu Bismarcks Zeiten versuchte, es zu sein, so hat er auf diese Würde unter Graf Caprivi, Fürst Hohenlohe und Graf Bülow noch weniger verzichtet. Er treibt dies so weit, daß er sich meist persönlich mit den Botschaftern in Verbindung setzt und die Sachen erledigt; er überrascht sie oft mit seinen Besuchen. In den Hauptgrundzügen ist aber wohl Bismarck Reichskanzler geblieben, denn nach dessen vorgezeichneten Plänen ist die Politik Wilhelms II. stabilisiert worden. Der Dreibund wurde erneuert und die guten Beziehungen zu Rußland, zuletzt durch die Zusammenkunft in Reval, unterhalten. Darin liegt nichts Selbständiges. Dagegen zeigt sich in der Art, wie er auf jenen vorgezeichneten Hauptlinien vorschreitet, seine persönliche Gesinnung und zwar mehr seine Phantasie, als seine Tatkraft. Rußland gegenüber ist man etwas aufdringlich; man drängt ihm Gleichartigkeit der Gefühle sogar dort auf, wo sie nicht vorhanden sind, man schiebt ihm Zu-vorkommeneit unter, an welche es nicht gedacht hat, wie wir dies anlässlich des Oberkommandos des Grafen Waldersee in China gesehen haben; man will seinen Wünschen zuvorkommen, dabei lediglich das eigene Verlangen berücksichtigend, wie dies mit der Einladung des Generals Tschertkow nach Posen der Fall war. Daraus ergibt sich, wie glühend der Wunsch ist, die Freundschaft zu erhalten.

In Betreff des Dreibundes hält Kaiser Wilhelm II. slavisch fest an den Lehren des Fürsten Bismarck. Am wesentlichsten blieb dabei das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Es ist dasselbe, wie früher, denn sein Beweggrund hat sich nicht geändert. Um bei dem Bündnisse die Ehrlichkeit und Beständigkeit Deutschlands in Zweifel zu ziehen, müßte man die Absicht voraussetzen, das eigene Friedenssystem umstoßen zu wollen, dagegen sprechen jedoch Deutschlands Sicherheit und

Vorteile, wie sie in diesem Lande seit der Begründung des Kaiserreichs verstanden werden. Wie Bismarck in den guten Beziehungen zu Rußland eine Garantie für die Beständigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn erblickte, so bot auch das Bündnis mit dem letzteren Staate für Deutschland eine Sicherung nach der russischen Seite hin. Die persönlichen, wärmsten Gefühle Wilhelm II. für Franz Josef I. sind bekannt. Wie unter den Menschen, so kann auch unter den Staaten der Wärmegrad der gegenseitigen Beziehungen eine Änderung erfahren, das kann in dem Verhältnis von Deutschland zu Österreich wohl aber nie eintreten, da eine Lösung des Einvernehmens ausgeschlossen ist. Alles, was in dieser Hinsicht von Zeit zu Zeit in den Blättern — einschließlich die Einmischung der Regierung des deutschen Kaiserreichs in die inneren Angelegenheiten Österreich-Ungarns — geschrieben wird, trägt das Merkmal der Übertreibung. Dies bedeutet nicht etwa, daß die deutsche Regierung gegen die Entwicklung der Ereignisse in Österreich-Ungarn gleichgiltig sei; sie kann es nicht sein, schon mit Rücksicht auf die Garantie für die Aufrechterhaltung des Bündnisses. In dieser Hinsicht ist es ganz gleichgiltig, ob Fürst Eulenburg Botschafter in Wien war, welcher lediglich seiner angegriffenen Gesundheit wegen mit Bedauern, namentlich seitens seiner Familie, die sich in die Wiener Verhältnisse hineingelegt hatte, seinen Posten verließ, oder ob Graf Wedel es werden wird, welcher in Wien aus jener Zeit, wo er noch Militärbevollmächtigter war, bekannt ist. Von der persönlichen Tüchtigkeit des Botschafters hängt es nur ab, daß das Interesse, welches er an dem Verlauf der öffentlichen Angelegenheiten in Österreich-Ungarn nimmt, nicht den falschen Schein aufkommen läßt, daß er sie beeinflussen wolle.

Mit Rücksicht auf die Erhaltung des Bündnisses wird die Regierung des deutschen Kaiserreichs stets dafür Sorge tragen, daß Ungarn in den Angelegenheiten der Monarchie eine wichtige Stimme behalte, sie wird auf die Stellung der Deutschen dort achten und die „Tschechisierung“ der Nordmark Österreichs nicht wünschen.

Wenn sich Kaiser Wilhelm II. genau nach dem Bismarckschen Rezept in dem Dreibunde verhält, so hat sich dieser offenbar nicht mehr ganz nach diesem Rezept entwickelt. Fürst Bismarck konnte eine Doktrin schaffen, nach welcher, trotz des Dreibundes, Deutschland Rußlands Freundschaft suchen konnte, er nahm aber wahrscheinlich nicht an, daß sich Italien mit Frankreich einrichten werde. Dies allein genügt, um den Geist des Dreibundes zu ändern. Trotzdem zog Kaiser Wilhelm es vor, die unantastbare Formel desselben beizubehalten. Italien hüfte nichts ein und verzichtete übrigens auf nichts, als es sich dieser Formel anschloß — und so ist der Dreibund mehr als Sinnbild, denn als Wirklichkeit erneuert worden. Jegliche möglicherweise vorkommen könnenden Reibungen und Ereignisse zwischen Italien und Österreich-Ungarn wurden aus dem Wege geräumt. Die wichtigste Änderung in der Art der Bismarckschen Politik trat in den Beziehungen zu Frankreich ein — und diese ist das ausschließliche Eigentum oder Verdienst Wilhelms II. Während Bismarck unabänderlich und unerschütterlich an dem Ausspruch des Tacitus „ich hasse, weil ich Unrecht getan“, festhielt, hat dies den jetzigen Kaiser nicht verpflichtet, und da er den Krieg nicht wünschte, so ist es nicht mehr wie recht und billig, daß er, soweit angängig, mit allen auf gutem Fuße stehen wollte. Man muß zugeben, daß er den Franzosen gegenüber sich als geschickt und gewandt erwies, daß er sich der richtigen Mittel und Mitteln bediente, daß dies ihm schließlich gelungen ist, denn er hat sich in Frankreich eine gewisse Art

von Volkstümlichkeit erworben. Und er hat die Franzosen derart irreführt, daß sie ihren großen Haß von Deutschland auf England übertrugen und zu dem Revanchewein Wasser zugossen.

Aus Nr. 289 der Nowa Reforma
vom 17. Dezember 1902:

Das Messer an der Kehle.

Der neue deutsche Zollltarif ist also zum Gesetz erhoben worden, welches die deutsche Regierung in ihren Handelsbeziehungen zum Auslande verpflichtet. Die Hoffnung, welche bis zum letzten Augenblick in den wiener Kreisen bestand, der Tarif werde einerseits an den zu hohen Anforderungen der deutschen Agrarier, andererseits an dem Widerstande der Linken scheitern, hat sich nicht erfüllt; die Lage ist ernst geworden, an Stelle der Unsicherheit trat eine äußerst unangenehme Wirklichkeit. Es ist zwar den deutschen Junkern nicht gelungen, die Getreidezölle des neuen Tarifs zu einer Höhe hinaufzuschrauben, welche die Möglichkeit des Abschlusses neuer Handelsverträge mit dem Auslande ausschloße, sie erhielten aber trotzdem so viel, daß sie vollständig zufrieden sein können. Der neue Zollltarif kann die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland dermaßen vor jeglichem Wettbewerb schützen, daß die österreichischen dort keinen Eingang mehr finden werden.

Die ganze Ausfuhr Österreichs nach Deutschland betrug im Jahre 1901 zusammen 910 316 000 Kr., davon entfallen:

Auf Getreide und Mehl.....	94 316 000	Kr.
" Gemüse und Obst	70 513 000	"
" Rindvieh und Pferde	75 047 000	"
" andere Tiere	18 073 000	"
" tierische Erzeugnisse	125 551 000	"
" Fette	15 000 000	"
" Verbrauchsartikel	14 200 000	"
" Flach, Hanf, Jute und deren Erzeugnisse.....	23 890 000	"
" Getränke	17 565 000	"
" Holz, Kohlen und Torf ..	204 827 000	"

Wenn wir diese Positionen zusammenaddieren, werden wir uns überzeugen, daß die Ausfuhr der Land-, Wald- und Bergerzeugnisse mehr als die Hälfte der Gesamttausfuhr Österreichs nach Deutschland betrug. Und gerade gegen diese Ausfuhrartikel richtet sich hauptsächlich der deutsche Zollltarif. Die Tatsache aber, daß das einzige Zugeständnis, welches Graf v. Bülow zugunsten der extremen Forderungen der Agrarier machte, eben den Zoll auf Gerste betrifft, ferner, daß er auch hinsichtlich des Viehzolles den weitgehendsten Schutz der deutschen Produktion feierlichst zusagte, macht den Eindruck, als ob der neue Zollltarif geradezu gegen Österreich gerichtet sei, als ob die Deutschen gerade auf Österreich keine Rücksicht nähmen. Denn die Gerste und das Haupterzeugnis aus der Gerste, das Malz, bildete bis jetzt das Gros der Getreideausfuhr Österreichs nach Deutschland. Dies ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Im Jahre 1901 wurden nach Deutschland ausgeführt:

Mais für	761 000	Kr.
Hafer	299 000	"
Weizen	2 201 000	"
Roggen	35 000	"
Süßfrüchte	6 236 000	"
Mehl	5 035 000	"
Gerste	49 448 000	"
Malz	28 607 000	"

Der neue deutsche Tarif macht zwar einen Unterschied zwischen der Brau- und der gewöhnlichen

Gerste und erhöht den Zoll nur auf die erstere von 2 Mark auf 4 Mark, aber gerade die Braugerste bildet den größten Teil der österreichischen Ausfuhr. In gleicher Weise ist die Ausfuhr des Malzes bedroht, auf welches der Zoll in dem neuen Tarif von 3,60 auf 6,25 Mark erhöht worden ist, sowie des Mehles, welches in Zukunft einem Zoll von 17,75 Mark — anstatt der bisherigen 7,30 — unterliegen soll.

In demselben Verhältnis erhöht der neue deutsche Tarif die Zölle auf Gemüse und Obst, setzt gleichzeitig Zölle fest auf diejenigen Gattungen dieser Gruppe, welche bis jetzt überhaupt zollfrei waren. Der Hopfenzoll wird künftighin, anstatt wie bisher 20 Mark, 70 Mark betragen.

Am empfindlichsten wird der neue Tarif die Viehausfuhr Österreichs treffen. Bis jetzt wurden von Stieren 9 Mark, von Jungvieh 5 Mark (für das Stück), von Kälbern 3 Mark, von Ochsen 25,50 Mark bezahlt. Indes hat bereits die neue Regierungsvorlage diese Zölle wie folgt erhöht: von Stieren auf 25 Mark, von Jungvieh auf 15 Mark, Kälbern auf 4 Mark, Ochsen 12 Mark und zwar nicht für das Stück, sondern für den Meterzentner. Die Kommission dagegen hat der Regierung einen Zoll in Höhe von 18 Mark für den Zentner, ohne Rücksicht auf die Viehgattung, vorgeschlagen. Um sich einen Begriff von dem ungeheuren Unterschiede zwischen den früheren und den jetzigen Zöllen zu verschaffen, wollen wir hier nur ein Beispiel anführen: Der Zoll von einem 6 Meterzentner schweren Ochsen hat früher 25,50 Mark betragen, gegenwärtig wird er ausmachen: nach dem Regierungsvorschlage 72 Mark und nach den Beschlüssen der Zollkommission 108 Mark — d. h. 3 bis 4 mal soviel. — Angenommen, daß der Wert eines solchen Ochsen 425 Mark beträgt, entfallen auf den Zoll für denselben 30 bis 40 Prozent des Wertes!

Nun ist die Frage, wer wird den Zoll eigentlich tragen, der österreichische Ausführer oder der deutsche Konsument? Die Optimisten behaupten, Deutschland könne auch in Zukunft nicht ohne österreichisches Vieh bestehen, daß also auf Deutschland die Last des neuen Zolles fallen werde. Aber dies ist das Urteil der Optimisten.

Wenn wir alle möglichen Glücksfälle und Umstände in Erwägung ziehen, müssen wir darauf gefaßt sein, daß sich die Last des Zolles zum mindesten je zur Hälfte auf den Ausführer und den Konsumenten verteilen wird, daß also auch die österreichischen Lieferanten bei der Ausfuhr mindestens 20 bis 30 v. H. am Durchschnittsstücke einbüßen werden. Diese Zölle werden hauptsächlich Galizien treffen, welches sein Vieh meist nach Deutschland ausführt.

In ähnlicher Weise wird von dem neuen deutschen Tarif die Ausfuhr von Fleisch, von Pferden, Wolle, galizischem Holz betroffen werden, auf welches der Zoll von 4,80 auf 10 Mark bei Hartholz und auf 7 Mark bei Weichholz für den Kubikmeter erhöht wird. Wir beschränken uns heute auf diese wenigen Einzelheiten und fragen, ob Österreich aufgrund dieses Tarifs mit Deutschland Handelsverträge schließen kann? Die Antwort darauf kann nur verneinend lauten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland nicht gewagt hätte, derartige Zölle einzuführen, wenn Österreich schon während der Zollberatungen in Deutschland seinen eigenen neuen Tarif besessen hätte oder wenn die Sicherheit vorhanden gewesen wäre, daß es auf die deutschen Anmaßungen mit entsprechenden Repressalien antworten würde. Und die Möglichkeit dazu besitzt es zur Genüge. Die Ausfuhr Deutschlands nach Österreich beträgt nämlich ebenfalls über 600 Millionen Kronen; wir haben also etwas, um die entgegengesetzte

Schraube daran zu setzen. Mit einer derartigen Möglichkeit rechnen offenbar die Deutschen gar nicht, auch fürchten sie sie nicht. Sie legten Österreich das Messer an die Kehle, Österreich dagegen wird sich wohl kaum dazu aufraffen, es von sich zu stoßen.

Aus Nr. 49 des Kraj
vom 6. (19.) Dezember 1902:

B e t r i f f t **die nächstjährigen Wahlen in Großpolen.** **Reiseeindrücke.**

Die gegenwärtige Reichstagskadenz nähert sich ihrem Ende. Kaum 8 Monate trennen uns von den Wahlen. In ganz Deutschland bereiten sich die polnischen Parteien zum Kampfe vor. Obwohl die eigentliche Wahlaktion noch nicht begonnen hat, wird das Terrain der künftigen Wahlkampfes fleißig geprüft. Der Generalstab entwirft vor dem Ausbruch des Krieges seine strategischen Pläne und bestimmt für die einzelnen Stellungen die Heerführer. Die Schlacht wird in Preußen eine um so größere Bedeutung haben, als hier neben den Reichstagswahlen gleichzeitig auch die Landtagswahl stattfinden wird. Die polnische Bevölkerung kann nicht darauf rechnen, in den einen oder den andern gesetzgebenden Körper eine solche Anzahl von Abgeordneten hineinzubringen, daß sie den Ausschlag geben könnte. Und wenn man auch einige Mandate gewänne, die parlamentarischen polnischen Fraktionen würden stets nur einem Tropfen in dem deutschen Meere bilden. Ihre Tätigkeit wird niemals einen realen, praktischen Wert besitzen, sondern nur einen sittlichen. Namentlich werden in dem preussischen Landtage ihre gegen das Unrecht und die Bedrückung der polnischen Bevölkerung protestierenden Stimmen in dem deutschen Meere von der Brandung der preussischen Wogen verschlungen werden. Ungeachtet dessen sind diese parlamentarischen Posten für die großpolnische Gesellschaft von großer Bedeutung. Sie bilden eine Rednerbühne, von welcher die Stimme in die ganze Welt dringt. Sie geben die Möglichkeit, auf die öffentliche Meinung der ehrlichen deutschen Bevölkerungsschichten einzuwirken, auf die Meinung, welche, obwohl heute von Chauvinisten und den kurz-sichtigen Politikern irreführt, nicht geringgeschätzt werden darf. Das Ergebnis der Wahlen gibt endlich den Maßstab für die nationalen Kräfte, zeugt von der Entwicklung des Nationalbewußtseins unter den breiten Bevölkerungsschichten.

Die ungeheuer gespannten Verhältnisse, welche in letzter Zeit in den Provinzen Posen und Westpreußen herrschen, haben bewirkt, daß hier und da oft aus schmerz erfülltem Herzen eine laute Stimme der Unzufriedenheit mit der bisherigen Vertretung sich hat vernahmen lassen. Mehr oder minder scharfe Kritiken der beiden polnischen Fraktionen, namentlich diejenige der Reichstagsfraktion wurden laut. Einige dieser Vorwürfe waren sogar gegen die Spalten des Kraj gerichtet. Gleichzeitig trat in der posener konservativen Presse ein Bruch in die Erscheinung, welcher wahrscheinlich eine Widerspiegelung der auseinandergehenden Bestrebungen in der großpolnischen Gesellschaft selbst bedeutete. Für die posener Presse würde es eine Beleidigung sein, wollte man annehmen, daß der zwischen dem Dziemiński Poznański und dem Kurjer geführte Kampf mehr einen beruflichen Wettbewerb, als eine besondere politische Richtung zur Unterlage habe. Der Dziemiński Poznański, mit Recht jegliche Zerrwürfnisse und Zwistigkeiten dem mächtigen Gegner gegenüber be-

fürchtend, beharrt bei dem status quo. Der Kurjer Poznański dagegen möchte gerne in die Reichstagsfraktion gewisse Reformen einführen, welche deren Tätigkeit und deren Ansehen im Reichstage selbst beleben würden. Zur Unterstützung dieser Vorschläge schloß der Kurjer ein Bündnis mit demjenigen Teil der Volkspresse, welcher bis jetzt stets gegen die konservative Partei auftrat.

Während meines mehrtägigen Aufenthalts in Posen benutzte ich die Gelegenheit, festzustellen: in welchem Grade diese beiden Strömungen in der Vorwahlaktion in die Erscheinung treten — wie sich überhaupt diese Aktion in dem gegenwärtigen Augenblick darstellt. Der in Großpolen geführte tragische Kampf hat auf diesen Landesteil die Aufmerksamkeit unserer ganzen Bevölkerung gelenkt. Alle seine Einzelheiten wecken ein lebhaftes Interesse. Um eine Aufklärung desselben zu finden, wendete ich mich an hervorragendere politische Macher.

* * *

Status quo.

Was ich über die künftigen Wahlen denke? — erwiderte mir einer meiner treuen Freunde vom Dziemiński Poznański. — „Ich bin der Ansicht, daß unsere Gesellschaft dabei ein Verständnis für ihr Nationalinteresse und eine politische Reife zeigen wird. Wie Sie wissen, wird seit einiger Zeit mit der Reichstagsfraktion Krieg geführt. Eigentlich nicht gegen die ganze Fraktion, sondern gegen einige ihrer Mitglieder. Im allgemeinen wird der Fraktion Untätigkeit und Unfähigkeit zum Vorwurf gemacht. Ob die Vorwürfe berechtigt sind, darüber ließe sich viel sagen. Es ist möglich, daß unsere Fraktion nicht derartig ist, wie wir sie uns wünschen. Doch bedeutende Parlamentarier, wie z. B. der unvergeßliche Kantak, werden nicht alle Tage geboren.“

Unsere besten bürgerlichen und gesellschaftlichen Kräfte haben ein so großes Tätigkeitsfeld zuhause, daß sie ihre Zeit nicht mit parlamentarischen Kämpfen von problematischem Wert in Berlin vergeuden wollen. Trotzdem würde es ungerecht sein, zu behaupten, daß es in unserer Reichstagsfraktion nicht Leute gäbe, welche auf der Höhe ihrer Aufgabe ständen. Fürst Ferdinand Radziwiłł erfreut sich als Fraktionsvorsitzender der Achtung und Anerkennung sämtlicher Parteien des Reichstages. Der stellvertretende Vorsitzende, Kammerherr (päpstlicher — Red. d. Gef.-Ueberbl.) Cegielski ist, obwohl er in letzter Zeit „in plenum“ nicht spricht, eine bedeutende Kraft in der Fraktion. Sein gesunder Verstand und seine parlamentarische Routine sind unschätzbar. Ueberdies ist er der Einzige, welcher sich dem parlamentarischen Leben vollständig widmet und während andere Abgeordnete nur zu wichtigeren Sitzungen nach Berlin kommen, läßt Cegielski auch nicht eine Sitzung aus. Herr v. Dziembowski ist ein ausgezeichnete Redner — der vorzüglichste Redner unter den polnischen Abgeordneten und überhaupt einer der besten im ganzen Reichstage. Wenn er das Wort ergreift, hört man gleich in den Fluren rufen: „Dziembowski spricht!“ und in einem Nu füllen sich die Abgeordnetenbänke. Pfarrer v. Szadzowski ist ein tüchtiger Redner und ein äußerst gediegener Politiker. Herr v. Komierowski kennt die wirtschaftliche Agrarfrage ausgezeichnet.

Und was meinen Sie? Gerade gegen diese Abgeordneten wird hinter den Kulissen eine mächtige Agitation betrieben. Ich beurteile den Wert und das Ansehen derjenigen unserer Abgeordneten, welche in der Fraktion den demokratischen Gedanken vertreten, nach Gebühr. Die Herren v. Chrzanowski, v. Czarlinski,

v. Glembocki — das sind erstklassige Kräfte. Name tlich der erstere! Es wäre aber das größte, schreiendste Unrecht, wenn wir die Verdienste solcher Männer, wie Fürst Radziwill, Cegielski, Dziembowski, Jazdzewski und Roman Komierowski nicht würdig beurteilen sollten.

Und wen möchten die Unzufriedenen an deren Stelle haben? Und was sind das für Menschen, die „Jungen“, welche an Stelle der angeblich verbrauchten „Alten“ treten sollen? Ich hörte die Namen junger Herren nennen, welche mehr in der Berliner Vergnügungswelt, als in den Kreisen, welche sich der Arbeit hingeben, bekannt sind. Es ist unser schmerzlicher Wunsch, daß sich der alternde Organismus durch den Zufluß neuer Kräfte belebe. Obwohl ich den Ansichten unserer Linken, der Herren v. Chrzanowski, v. Glembocki und v. Czarlinski sehr fernstehe, so freue ich mich doch über deren Anwesenheit in der Fraktion, denn ich weiß, wie viel sie wert sind. Und wenn die neuen, ebenso tüchtigen Kandidaten, kommen werden, werden sie sicherlich mit offenen Armen empfangen werden. Doch wo sind sie? Möge man uns ihre Namen nennen!

Ich bin der Ansicht, daß sich die Hitzköpfe bis zu den Wahlen beruhigen werden und die Vernunft die Oberhand erhalten werde. Um so mehr, da wir jetzt der Einigkeit mehr denn je bedürfen. Die Deutschen werden das ganze schwere Geschütz gegen uns aufahren. Der Druck wird ein ungeheurer sein. Wenn uns Parteihader zersplittern sollte, würde der Feind zweifellos davon Gebrauch machen.“

* * *

Die Opposition.

„Noch niemals war die Lage vor den Wahlen so trübe und unklar“ — sagte zu mir einer der Vertreter des jüngeren Geschlechts, welches in die Reichstagsfraktion neue Elemente hineinbringen und die Fraktion selbst auf andere Bahnen lenken will. „Wir sind mit der Tätigkeit der Fraktion nicht zufrieden. Das ist wahr. Doch ist die Opposition weder organisiert, noch solidarisiert. Die künftigen Wahlen sind heute noch ein großes Fragezeichen. Die Unzufriedenheit tritt namentlich unter der Adresse gewisser Abgeordneter in die Erscheinung. Den Zeitverhältnissen jedoch Rechnung tragend, würde es uns genügen, wenn wir wenigstens zwei oder drei tüchtige Leute in die Fraktion hineinbringen könnten.“

„Wen haben Sie im Sinne?“ Die Kandidaturen sind noch nicht aufgestellt. Es wurde von den Herren v. Trompezyński und Dr. v. Niegolewski gesprochen. Beide würden tüchtige Errungenschaften sein. Herr Trompezyński auf dem slawischen, Dr. Niegolewski auf dem allpolnischen Gebiete; beide sind unabhängige Leute in materieller Hinsicht, was in der Provinz Posen sehr ins Gewicht fällt. Ob sie jedoch werden kandidieren wollen? Auch der Name des Redakteurs des Kurier Poznański, Franz v. Morawski, wurde genannt. Würde ihm jedoch seine Redaktionsstätigkeit das erlauben? Von einem neuen Kandidaten können wir heute mit Sicherheit sprechen und zwar von dem Redakteur der Gazeta Grudziądzka, Herrn Kulerski, welcher zweifellos das Mandat des Pfarrers Neubauer übernehmen wird. Auch soll Herr Józef von Mycielski die Absicht haben, als Kandidat aufzutreten. In den Volkskreisen würde die Kandidatur des Redakteurs des Dziennik, des Dr. Szymanski, mit Freuden aufgenommen werden. Die Wiederkehr des Dr. Witold v. Skarzynski zur parlamentarischen Tätigkeit wäre ebenfalls erwünscht. Dies sind jedoch lose, gesprächsweise hier und dort auftauchende, noch nicht

krystallisierte Projekte. Ich bemerkte bereits, daß die künftigen Wahlen heute noch ein großes Fragezeichen seien. Und ich füge hinzu, daß deren Ergebnis eine große Ueberraschung sein kann. Einen äußerst ernstesten Faktor im Verlauf der posener Wahlen kann die schlesische Frage bilden. Diese Frage wird in der Provinz Posen einen grundsätzlichen Einfluß ausüben und vielleicht hier größere Folgen hervorgerufen, als in Schlesien selbst. Das Zentrum unterhandelt jetzt bereits mit gewissen angesehenen Persönlichkeiten in Posen, um für seine Wahlaktion in Schlesien Unterstützung zu finden. Indes weckt bei uns die Politik des Katolik keine Sympathien. Daß sie den jetzigen Strömungen der polnischen Meinung nicht entspricht, beweiset am besten der gegenwärtige Austritt des Herrn Siemianowski, der besten Redaktionskraft, aus der Redaktion des Katolik. Herr Siemianowski, ein ungewöhnlich befähigter politischer Agitator, gründet ein neues polnisches Tageblatt in Benthien, welches den Aufruf des polnischen Wahlvereins in Schlesien zu seinem Programm erhebt. Es will eine Mittelstellung zwischen dem Gornoslonszak und dem Katolik einnehmen.

Die Angelegenheit, betreffend die Wahlreform der Komitees wird ebenfalls nicht ohne Bedeutung bleiben. Wenn diejenigen Persönlichkeiten, welche bis jetzt die Wahlaktion leiteten, sich mit gewissen Zugeständnissen zu unseren Gunsten einverstanden erklären, werden wir unsererseits uns Mühe geben, daß die Einigkeit und Solidarität der polnischen Wähler unberührt bleibe. Von deren Takte wird unser Verhalten abhängen.“

* * *

Eine unparteiische Stimme.

Ein angesehener, sich von den Kämpfen zwischen den „Jungen“ und „Alten“ fernhaltender, mit der Lage aber gut vertrauter großpolnischer Bürger äußerte sich mir gegenüber dahin:

„Wie Sie wissen, beteilige ich mich persönlich an der Politik nicht. Ich habe jedoch den Eindruck gewonnen, daß bis jetzt bei uns den nächstjährigen Wahlen gegenüber eine große Ratlosigkeit herrscht. Vor allen Dingen haben unsere politischen Bräuche eine ganz andere Bedeutung, als anderswo. Bei uns sind eigentlich alle Parteien konservativ. Die ganze Gesellschaft ist konservativ. Einige sagen, der morsche Organismus der polnischen Fraktion müsse durch neue Kräfte aufgefrischt werden. Wie wir hören, soll es Diktator geben, welche unter dieser Losung den Kampf aufnehmen wollen. Aber für wen wollen sie die Lanze brechen? ...“

Wir will es scheinen, daß ein heißerer Wahlkampf nur schlechte Früchte zeitigen könnte. Würden wir wirklich bessere Abgeordnete bekommen, als wir sie haben? Das ist zweifelhaft. Es steht jedoch fest, daß die Wahlagitator die politischen Leidenschaften unter den breiteren Bevölkerungsschichten aufachen würde, daß sie die örtlichen Radikalen, welche in ihrer Propaganda bald die heutigen „Reformatoren“ überbieten würden, an die Spitze stellen würde. Es ist gefährlich, in eine mit Stroh vollgefüllte Scheune mit Feuer hineinzugehen.

Ich hoffe, daß die Vernunft die Oberhand behalten wird und daß die nächstjährigen Wahlen einen neuen Beweis für die politische Reife und die bürgerliche Disziplin unserer Gesellschaft liefern werden.“

Aus Nr. 48 des Kraj
vom 29. November (12. Dezember) 1902:

Aus der Warthegegend.
(Betrifft den Grund und Boden.)

In der neuen polnischen Gastwirtschaft in dem prachtvollen, unlängst vollendeten Hause der Industriellen, mit welcher Posen sehr zufrieden ist und die zur Zeit von der polnischen Bevölkerung scharfweise besucht wird, — begegnete ich Herrn Z., einem bekannten Macher auf gesellschaftlichem Gebiete. Ich saß nachdenklich bei einem Glase Tee da. Nach herzlicher Begrüßung erheiterte sich sein Antlitz.

„Sie sind in Posen?“ bemerkte er. „Auf wie lange? . . .“ Und nachdem wir eine Reihe von Fragen, welche sich Leute, die sich einige Monate nicht gesehen, zu stellen pflegen, ausgetauscht hatten, erzählte ich mich nach dem Grunde des Kommers des Herrn Z. und er fing mit gedämpfter Stimme an zu erzählen:

„Hören Sie von Anfang an. In diesen Tagen wurde durch Vermittelung eines sehr tätigen und energischen Bürgers aus der Breschener Gegend der Güterkomplex Womwelno zum Kauf angeboten. Es sind dies drei Rittergüter und ein Vorwerk von zusammen 8600 Morgen, darunter über tausend zwar noch nicht haufähiger Mittelwald und tausend Morgen Kiefernweiden. Von einem Deutschen, mein Lieber! die Güter befanden sich schon seit langer Zeit in deutschen Händen. Ueber dies — müssen Sie wissen — befanden sich die Wirtschaftsgebäude in vorzüglichem Zustande, massiv gebaut mit eisernen Gewölben, bei der Feuerversicherungs-Gesellschaft mit über einer Million Mark versichert. Eine Brennerei mit 1004 Tonnen Kontingent und mit einem Spiritusbehälter, für welchen die Zentrale des Verbandes der Spiritusproduzenten 6000 Mark Pacht zahlt. Eine Dampfmolkerei, welche täglich über 2000 Liter eigener Milch verarbeitet. Bei der Brennerei eine Mühle und eine Ringofenziegelei. Sehr schönes Inventar: 202 oldenburger Kühe, 91 bayerische Ochsen, 300 Stück Schweine, 1100 englische Schafe und 100 Arbeitspferde — den bedeutenden Nachwuchs nicht mitgerechnet.

Weiter: Das tote Inventar äußerst vollzählig. Ein Dampfpflug, drei Lokomobile u. s. w. Auf dem Hauptgute, Womwelno, ein neues Schloß mit wunderschönem Park von 20 Morgen Größe. Und die ganzen Güter — bemerkte er nach einer kleinen Pause — konnte man für 1 650 000 Mark bekommen. Darunter befinden sich 1 200 000 Mark feste Hypotheken, so daß zum Kauf keine volle halbe Million Mark erforderlich war.

Die Landbank (Bank Ziemski) konnte sich, da Womwelno zur Parzellierung unter die Bauern sich nicht eignete und da eine halbe Million Mark bares Geld herzugeben wäre, zum Kauf nicht entschließen. Es hat sich also der Sache unser strebsamere Bund der Landwirte (Związek Ziemian) angenommen. Hier wurde der Gedanke angeregt, eine Genossenschaft ins Leben zu rufen, um Womwelno zu erwerben und dort eine Musterwirtschaft einzuführen. Es wurden zu gestern zwei Versammlungen: des Aufsichtsrats am Vormittage und über dreißig wohlhabendere Bürger aus der Provinz zu Nachmittag einberufen. Der

Aufsichtsrat sollte sich über alle, sorgfältig zusammengestellten Einzelheiten informieren und darüber entscheiden, ob sich das Geschäft günstig darstelle und ob der Ankauf von Womwelno der Genossenschaft empfohlen werden könne. Nachmittags sollten die Unterschriften für den erforderlichen Betrag — 300 bis 500 tausend Mark — gesammelt werden.

Nach langen Beratungen und genauen Berechnungen kam der Aufsichtsrat des „Bundes der Landwirte“ zu der Ueberzeugung, daß das Geschäft sich als ein günstiges darstelle. Es wurde beschlossen, es der Genossenschaft zu empfehlen. Und was geschah?! In der für den Nachmittag anberaumten Versammlung erschienen von den Eingeladenen mehr als dreißig Bürger, außer den Aufsichtsratsmitgliedern, Bauern zwei und auch diese konnten sich zu höheren Opfern, als zu je 5000 Mark, nicht entschließen. „Zu Opfern? Hier handelte es sich doch um ein Geschäft!“

„Das ist es eben. Sie berührten, mein Herr, den schmerzlichsten, den wundesten Punkt. Unsere Bürger verstehen zwischen einem finanziellen und gleichzeitig in gesellschaftlicher Beziehung guten Geschäft und einem menschenfreundlichen Werke nicht zu unterscheiden. Die Erwerbung von Womwelno, die Rettung von 8600 Morgen polnischen Grundes und Bodens aus deutschen Händen würde nicht nur ein patriotisches Werk, sondern auch gleichzeitig eine gut verzinsliche und sichere Unterbringung des Kapitals sein. Indes behandeln unsere reichen Herren, wenn man zu ihnen mit dem Vorschlage eines derartigen Geschäfts kommt, es als eine menschenfreundliche Angelegenheit und bieten oftmals ansehnliche Almosenpenden an, halten sich jedoch mit ihren Kapitalien ängstlich zurück. Das ist schmerzlich! Unsere Gesellschaft ist zwar durch frühere Unternehmungen gewarnt, bei welchen sie pro publiko bono bedeutende Beträge einbüßte. Heute haben sich doch die Verhältnisse geändert. Wir sind herangereift! Heute muß ein derartiger Pessimismus für unsere gesellschaftliche Tätigkeit unendlich schädlich sein!“ Und wissen Sie, wer verhältnismäßig am freigiebigsten ist, wenn es sich um das Zustandekommen eines derartigen Geschäftes handelt? Die weniger bemittelten Leute. Dies war auch diesmal der Fall. Die Aufsichtsratsmitglieder des Bundes der Landwirte zeichneten verhältnismäßig höhere Beträge, als die eingeladenen Millionäre. Deren Bereitwilligkeit genügt jedoch nicht. Auch Womwelno wird wahrscheinlich in kräftige deutsche Hände übergehen, wird für immer für uns verloren gehen! Nun sagen Sie, mein Herr, ob Sie sich noch wundern, daß ich nicht bei Humor bin? Nicht genug, daß wir mit dem Gegner kämpfen müssen, welcher von allen Seiten auf uns eindringt, müssen wir auch noch gegen die Gleichgültigkeit, gegen den Pessimismus der Unrigen ankämpfen!“ Wir verstummten für einen Augenblick.

„Denken Sie jedoch nicht — sagte Herr Z., den Kopf hochhebend — daß derartige Enttäuschungen uns zur Arbeit mißmutig machen. Wir werden kämpfen, bis wir die harte Hülle der Apathie und des Pessimismus durchbrechen. Das berührt uns nur schmerzlich, daß wir inzwischen — oftmals unwiederbringlich — so viel polnischen Grundes und Bodens einbüßen . . .“

Gordon.

